

# Tätigkeitsbericht 2010

Vorwort	5
I. Schwerpunkte und Highlights im Arbeitsjahr 2010	7
I/a Kommunale Fach- und Bildungsreise zur spanischen Ratspräsidentschaft	7
I/b Gemeindereferentenkonferenz	7
I/c Kommunale Sommergespräche 2010 in Bad Aussee	9
I/d 57. Gemeindetag in Graz	9
I/e Bürgermeisterreise nach Belgien	12
I/f Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft	13
II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2010	15
II/a Gemeindefinanzen	15
II/b Legistik	25
II/c Weitere Sachthemen	30
II/d Europaangelegenheiten	36
II/e Presse und Öffentlichkeitsarbeit	41
II/f Projekte	50
II/g Vertretungen des Österreichischen Gemeindebundes	54
III. Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes	65
III/a Gremien und Organe des Österreichischen Gemeindebundes aufgrund des neuen Vereinsstatuts	65
III/b Chronik der Organsitzungen 2010	70
III/c Österreichischer Gemeindebund Service GmbH	73
III/d Netzwerk Bildung	73
III/e Generalsekretariat in Wien und Brüssel	74
IV. Informations- und Serviceteil	77
IV/a Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2010)	77
IV/b Trauer	79
IV/c Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes	80
IV/d Der Österreichische Gemeindebund	83

## Vorwort

### *Werte Leserin, werter Leser!*

Im Jahr 2010 litten die österreichischen Gemeinden immer noch massiv unter den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Zwar haben sich die Einnahmen wieder einigermaßen erholt, im Vergleich zu 2009 konnte sogar ein geringfügiges Plus verbucht werden, andererseits sind die Belastungen aber um ein Vielfaches gestiegen. Vor allem die Pflegefinanzierung treibt immer mehr Gemeinden in die roten Zahlen. Fast zwei Drittel der Kommunen konnten 2010 ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen und waren auf Bedarfszuweisungen angewiesen.

Immerhin werden Leistungen und die Bedeutung der Gemeinden zunehmend auch von Landes- und Bundespolitik anerkannt. Der Österreichische Gemeindebund ist ein starker, wenn auch nicht immer gleichberechtigter Player in der politischen Landschaft, an dem niemand mehr vorbei kann. Das ist eine Folge der harten Arbeit, die wir seit vielen Jahren für die Gemeinden leisten. Wir sind als Interessensvertretung stolz darauf, geachtet und respektiert zu werden, vor allem aber sind wir stolz darauf, was die Gemeinden und ihre Mitarbeiter/innen tagtäglich leisten.

Mit ein Grund für den guten politischen und öffentlichen Auftritt der Gemeinden sind die vielen Veranstaltungen,

die der Gemeindebund auf vielen Ebenen jedes Jahr organisiert. Da ist etwa der Österreichische Gemeindetag, der jedes Jahr mehr als 2.000 Gemeindevertreter/innen aus ganz Österreich anzieht und bei dem vom Bundespräsidenten abwärts die gesamte heimische Polit-Elite auftritt. Da sind aber auch die Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee, unser Think-Tank für die Herausforderungen der Zukunft. Nicht zuletzt haben wir mit der Gründung der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft auch unsere Arbeit auf universitärer Ebene vertieft, sie liefert wichtige Grundlagen und Studien.

Ich möchte hier gar nicht zu viel vorwegnehmen. Dieser Tätigkeitsbericht für das Jahr 2010 dokumentiert in den wichtigsten Bereichen die Schwerpunkte der Arbeit des Österreichischen Gemeindebundes. Er ist Zeugnis und Arbeitsnachweis für die Funktionäre und Mitarbeiter. Unsere Arbeit, die ausschließlich dem Wohl der Gemeinden dient, kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie von vielen Menschen mitgetragen und gelebt wird. Ohne die enge Zusammenarbeit mit den Landesverbänden könnte der Gemeindebund auf Bundesebene nicht so eine wichtige Rolle spielen.



Ohne die Anregungen und das Engagement vieler Bürgermeister/innen wären wir nicht so eine kleine und schlanke, aber umso überzeugendere Interessensvertretung. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen, die täglich dazu beitragen, dass wir für die Gemeinden und ihre Bewohner Vieles erreichen können.

Ich wünsche Ihnen eine angeregte und informative Lektüre des vorliegenden Tätigkeitsberichtes und freue mich auf die Zusammenarbeit im Jahr 2011, in dem wir viel Kraft, das Engagement und die Mitarbeit aller brauchen, damit es mit den Gemeinden, vor allem aber mit ihren Finanzen wieder aufwärts geht.

Mit besten Grüßen

Dr. Robert HINK  
Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes

## I. Schwerpunkte und Highlights im Arbeitsjahr 2010

Die folgende Darstellung von Schwerpunkten des Jahresprogrammes des Österreichischen Gemeindebundes lehnt sich im Wesentlichen an die zeitliche Abfolge der Programmpunkte an:

### I/a Kommunale Fach- und Bildungsreise zur spanischen Ratspräsidentschaft

Zum insgesamt siebenten Mal machten sich eine rund 50köpfige Delegation österreichischer Gemeindevertreter auf die Reise in die Hauptstadt jenes Landes, das zu diesem Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Die Fach- und Bildungsreise österreichischer Bürgermeister führte im ersten Halbjahr 2010 daher nach Madrid.

Ein Besuch bei der Sektion Madrid des Spanischen Gemeindeverbandes brachte Einblicke in die spanische Kompetenzverteilung und Kommunalfinanzierung. Anders als in Österreich gibt es keinen gesamtspanischen Finanzausgleich und auch keine einheitliche Aufgabenteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Jede Provinz verhandelt ihre Aufgaben einzeln mit dem spanischen Zentralstaat, was zu drastischen Unterschieden in den Aufgaben führt. So kann beispielsweise in der einen Provinz die Pflichtschule eine Landesangelegenheit sein, während in einer anderen Provinz der Zentralstaat da-

für zuständig ist. Ähnliches gilt für andere große Bereiche wie Gesundheit, Soziales oder Kinderbetreuung.

Auch in Spanien gibt es überbordende Aufgaben bei durch die Krise sinkenden Einnahmen. Dies wurde auch für die Region Spaniens durch einen Vertreter der Region Madrid bestätigt. Die Region Madrid entspricht einem Bundesland und umfasst neben der Hauptstadt weitere 180 Gemeinden im Umland. Die Österreichische Delegation wurde nicht nur vom Österreichischen Botschafter, sondern im Rahmen des „Europatages“ auch von der Comunidad de Madrid formell empfangen.

### I/b Gemeindereferentenkonferenz

#### **Politische Gemeindereferentenkonferenz 18. Mai 2010 in Linz**

Unmittelbar nach der Präsidiumssitzung wurde über Initiative des Österreichischen Gemeindebundes zum ersten Mal eine gemeinsame Sitzung mit den politischen Gemeindereferenten zu folgenden brisanten kommunalen Themen am 18. Mai in Linz abgehalten.

- Landesverwaltungsgerichtshöfe
- Gemeindekontrolle allgemein
- Finanzielle Lage der Gemeinden

Zum Thema **Landesverwaltungsgerichtshöfe**: Zwischen Gemeinden und

den Politischen Gemeindereferenten wurde ein Grundkonsens darüber erzielt, dass die Stellungnahmen der Länder zu diesem Thema unter drei Vorbehalten abgegeben wurden:

1. Es darf dadurch zu keiner finanziellen Mehrbelastung der Bundesländer kommen
2. Die Bürgernähe muss erhalten bleiben
3. Es darf zu keiner Einschränkung der Gemeindeautonomie kommen

Es muss also eine Lösung gefunden werden, durch die die Gemeindeautonomie nicht gefährdet wird. Im Speziellen heißt das, dass im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden nur eine kassatorische Entscheidung solcher Verwaltungsgerichtshöfe akzeptiert werden kann.

Zum Thema **Gemeindekontrolle** nahmen die Ländervertreter die Position des Gemeindebundes zur Kenntnis, dass es sich bei der diskutierten Ausweitung der Prüfrechte des Bundesrechnungshofes um einen weiteren Anschlag auf die Autonomie der Gemeinden handelt. Sie versprachen in dieser Angelegenheit eine Unterstützung der Gemeindeposition.

Eine etwaige Prüfung des Bundesrechnungshofes, so der Tenor der gemeinsamen Sitzung, solle nur auf Antrag der jeweiligen Gemeindeabteilung im betref-

fenden Bundesland stattfinden. Eine zusätzliche vierte Prüfungsinstanz wurde grundsätzlich abgelehnt. Weiters sei eine Ausdehnung der politischen Kontrolle nicht vorstellbar.

Die **finanzielle Lage der Gemeinden** wurde von allen Ländervertretern als dramatisch bewertet. Besonders die Sozial- und Pflegekosten explodieren und müssten daher auch ein Schwerpunkt des Paketes zur Budgetsanierung im Herbst sein. Bis dahin soll ein neues Modell zur Finanzierung der Pflege erarbeitet werden, das umsetzungsreif ist. Der Gemeindebund wird dies in Angriff nehmen. Grundsätzlich darf es zu keinem Aufschüren des Finanzausgleichs kommen. Im Modell sind die Schnittstellen zwischen Vorsorge, Gesundheit und Pflege zu beachten. Auch die Probleme mit dem 13./14. Monatsgehalt und der 80%-Regelung sind zu lösen.

Als weitere Punkte der Sitzung wurden Verkehrssicherheitsthemen wie Radarüberwachung und die Eisenbahnkreuzungsverordnung behandelt.

Die Notwendigkeit **regelmäßiger Treffen von Gemeinde- und Ländervertretern** wurde allgemein begrüßt. Die Abhaltung halbjährlicher Treffen jeweils in jenem Bundesland, das zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz führt, erschien allen Teilnehmern

zweckmäßig. Zudem sollte auch der Städtebund künftig eingebunden werden.

### **I/c Kommunale Sommergespräche 2010 in Bad Aussee**

Zum bereits fünften Mal fanden Ende Juli 2010 die Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee statt, die der Gemeindebund gemeinsam mit der Kommunkredit Austria veranstaltet. Unter dem Motto „Haben die Kleinen noch eine Chance?“ diskutierten an insgesamt drei Tagen rund 250 Politiker, Wissenschaftler, Experten und Wirtschaftskapitäne über die Chancen und Probleme, mit denen kleine Gemeinden zu kämpfen haben. Prominente Gäste waren in diesem Jahr u.a. der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der sich seit Jahren mit dem Thema „Eigenverantwortung in Kommunen“ auseinandersetzt. Sein Landsmann Magnus Staehler war 15 Jahre lang Bürgermeister der 60.000-Einwohner-Stadt Langenfeld (NRW) und führte die Stadt aus großer Verschuldung zu Budgetüberschüssen. Seine Erfahrungen und Methoden publizierte



er nicht nur in einem Bestseller, sondern präsentierte es auch vor dem Sommerplenar. Weitere Referenten waren IV-Präsident Veit Sorger und Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer, der im Auftrag des Gemeindebundes und der Kommunkredit Austria die jährliche Bürgermeister- und Bevölkerungsumfrage durchgeführt hatte. In insgesamt vier Workshops arbeiteten die Teilnehmer der Sommergespräche an Lösungen für die kommunale Ebene, bevor in der abschließenden Politiker-Diskussion Innenministerin Maria Fekter, NR-Abg. Kurt Gaßner, Magnus Staehler und Präs. Helmut Mödlhammer über die Schlussfolgerungen der Sommergespräche diskutierten. Die Veranstaltung hat inzwischen einen festen Platz in den Terminkalendern vieler Kommunalpolitiker und genießt auch auf Bundes- und Länderebene höchste Anerkennung.

### **I/d 57. Gemeindetag in Graz**

Mit mehr als 2.000 Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen ging der 57. Österreichische Gemeindetag am 9. und 10. September 2010 in Graz über die Bühne. Angesichts der prekären wirtschaftlichen Situation auch in den Kommunen war das Thema Gemeindefinanzen das heimliche Motto dieses Gemeindetages.

Nicht von ungefähr wurde der Vizekanzler und Finanzminister um das Haupt-

referat des Gemeindetages ersucht. Große Aufmerksamkeit erregte schon im Vorfeld eine Pressekonferenz des Gemeindebundes in Wien, bei der eine Studie über die finanziellen Verflechtungen zwischen Bundesländern und Gemeinden vorgestellt wurde. Wichtigstes Ergebnis: Der Saldo hat sich in den vergangenen Jahren sehr zu Lasten der Gemeinden verschlechtert. Rund 414 Mio. Euro überweisen die Gemeinden den Bundesländern mehr als sie umgekehrt von den Ländern an Zahlungen und Transfers erhalten. Im Jahr 2002 waren es erst 63 Mio. Euro. Trotzdem diese Zahlen korrekt interpretiert werden müssen, wurde damit auch wissenschaftlich belegt, dass den Gemeinden immer mehr Leistungen und auch Ausgaben aufgebürdet werden. So haben etwa im Bereich der Kinderbetreuung die Gemeinden rund 65 Prozent aller entstehenden Kosten zu tragen.

Unmittelbar vor dem Gemeindetag selbst tagte der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes. Im Mittelpunkt der Beratungen stand auch hier die finanzielle Lage der Gemeinden. Vor allem in der Pflegefinanzierung forderten die Delegierten rasche Finanzierungslösungen.

### **Kommunalmesse: Größte Leistungsschau für Gemeinden**

Am Donnerstag, dem 9. September, wurden schließlich der Gemeindetag und

die Kommunalmesse offiziell von Präsident Mödlhammer eröffnet. „Wir treffen einander einmal pro Jahr, um gemeinsam ein Zeichen der Stärke zu setzen“, so Mödlhammer in seinen Eröffnungsworten. „Mehr als 2.000 Kommunalpolitiker auf einem Fleck sind ein gewaltiges Zeichen der Geschlossenheit, das im Bund und den Ländern nicht übersehen werden kann.“ Im Anschluss an die Eröffnung statteten Mödlhammer und der Grazer Bürgermeister Nagl den vielen Messeausstellern der Kommunalmesse einen Besuch ab.



### **Spindelegger stellt „EU-Gemeinderäte“ vor**

Außenminister Michael Spindelegger kam persönlich am 9. September nach Graz um vor rund 1.000 interessierten Gemeindevertreter/innen die Initiative der Europa-Gemeinderäte vorzustellen. „Es ist wichtig, dass es in jeder Gemeinde einen kompetenten Ansprechpartner für europäische Fragen gibt“, begründete der Außenminister die gemeinsame Initiative seines Ministeriums und

des Gemeindebundes. „Europa kann nur von unten nach oben wachsen und darf nicht von Brüssel aus diktiert werden.“ Jede Gemeinde solle einen Gemeinderat wählen, der diese neue Funktion ausfülle. „Die EU-Gemeinderäte werden von uns mit qualitativ hochwertigen Informationen direkt versorgt“, so Spindelegger. „Sie erhalten auch konkrete Schulungen, denn es geht hier nicht um anonyme Werbebroschüren, sondern um zielgerichtete Information, die sich an den Bedürfnissen und den Fragen der Menschen orientiert.“



### **Fischer und Pröll bei der Haupttagung**

Am Freitag folgte der politische Höhepunkt des Gemeindetages. Neben Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler Josef Pröll waren zahlreiche Landesräte, Abgeordnete des Nationalrates und der Landtage nach Graz gekommen um an der Haupttagung teilzunehmen. Eine gute Gelegenheit für Gemeindebund-Chef Mödlhammer um die Sorgen und Nöte der Gemeinden in seiner Rede zu artikulieren. Die Gemeinden brauchen nicht

nur mehr finanzielle Mittel, so Mödlhammer, sondern vor allem auch mehr Freiräume, damit sie das unmittelbare Lebensumfeld gestalten können. In den letzten Jahren wurden die Gemeinden von Bund und Ländern mit immer mehr Pflichtaufgaben zugeschüttet, sie können sich kaum noch rühren, so Mödlhammer.

Vizekanzler Josef Pröll ging in seiner Rede auf die Forderungen Mödlhammers ein. Bei der Pflegefinanzierung sah der Finanzminister erhöhten Handlungsbedarf. Dies sei ein großes Thema, das im Zuge der Budgetverhandlungen im Herbst auch deutlich angesprochen werden solle. Der Ruf nach neuen Einnahmen alleine sei allerdings zu kurz gegriffen, betonte der Finanzminister. „Wir müssen die Krise auch als Chance sehen und das Potential erkennen, das dauerhaft zu einer gerechteren Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führt.“



Auch Bundespräsident Heinz Fischer mahnte Reformen ein. Das Prinzip der Ausgewogenheit müsse im Auge behalten werden. Die sozial Schwächeren dürften nicht

noch mehr belastet werden. Im Zusammenhang mit dem Budget sprach sich Fischer für einen Mix an einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen aus.

Mit einer besonderen Ehrung ging der Gemeindetag in Graz zu Ende. Der ehemalige Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes und Altbürgermeister von Garsten Franz Steininger erhielt die Ehrenmitgliedschaft und das Ehrenzeichen des Österreichischen Gemeindebundes. Steininger hatte sein Amt im Frühjahr 2010 an seinen Nachfolger LAbg. Bgm Johann Hingsamer übergeben. Präsident Mödlhammer würdigte den zu Ehrenden, „dass er den Oberösterreichischen Gemeindebund über viele Jahre hervorragend geführt hatte. Er war wichtiger Teil auch des Österreichischen Gemeindebundes. Seine Person und seine Freundschaft wurden hoch geschätzt“. Ehrenpräsident Franz Steininger ist am 29. Jänner 2011 im 63. Lebensjahr verstorben.



### I/e Bürgermeisterreise nach Belgien

Die zweite Bürgermeisterreise des Jahres 2010 führte ins Machtzentrum der Europäischen Union, der belgischen Hauptstadt Brüssel. Bei vielen politischen Terminen und einem intensiven Gemeindebesuch stach vor allem eines ins Auge: Die Zerrissenheit des belgischen Staates, die Probleme zwischen Flamen und Wallonen dominieren den politischen Alltag.

Im Jahr der Staatsgründung Belgiens, 1831, verfügte das Land über eine Gemeindestruktur, die der heutigen österreichischen Gliederung ähnlich ist. Inzwischen hat sich die Anzahl der Gemeinden von 2.739 auf nun 589 Gemeinden reduziert. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist auch heute noch ein politisch gewünschtes Ziel und wird vom belgischen Staat mit Geldprämien unterstützt. Bis zu 1,5 Millionen Euro zahlt die Bundesebene jenen Gemeinden, die sich für eine Fusion entscheiden, erfuhr die rund 50köpfige Gemeindebund-Delegation bei einem Arbeitsbesuch im flämischen Innenministerium. Allerdings gibt es durch diese Fusionsanreize auch solche Effekte, dass es etwa für einzelne Kleinstgemeinden keine Fusionspartner gebe, da diese Gemeinden mehrsprachige Leistungen anbieten und diese Qualität in den angrenzenden Gemeinden politisch nicht denkbar ist. Bemerkenswert ist, dass die Sicherheit Gemeindegache ist und jede Gemeinde über einen eigenen Polizeiwachkörper ver-

fügt, der auch bezahlt werden muss. Blankes Erstaunen rief auch die Tatsache hervor, dass etwa die Feuerwehren zwar auch Gemeindeangelegenheit sind, es jedoch in sehr vielen Gemeinden keine eigenen Wehren gibt. In diesem Bereich gibt es in Belgien kaum Freiwillige.

Beim Besuch des EU-Parlamentes und im Gespräch mit EU-Parlamentarier Paul Rübzig deponierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer auch die Forderungen der Gemeinden. Die Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung sei auch ein europäisches Thema. Auch die so genannten „Einheimischenmodelle“ waren Thema des Gesprächs mit MEP Paul Rübzig und danach mit dem österreichischen EU-Botschafter in Brüssel, Hans-Dietmar Schweisgut. Nicht zuletzt waren auch, vor allem im Gespräch mit Botschafter Schweisgut, der demnächst als EU-Vertreter nach Tokio geht, die finanziellen Sorgen der Gemeinden sowie die Zukunft der ländlichen Räume ein wichtiges Thema. Die derzeitigen Verhandlungen zum Stabilitätspakt in Österreich werden von der Europäischen Union sehr genau beobachtet, erklärte Schweisgut. Zur Bewältigung der Krise sei es wichtig, dass die Nationalstaaten ihre Budgets in den Griff bekommen.

Beim Arbeitsgespräch im flämischen Innenministerium war unter anderem auch die Zerrissenheit dieses Landes ein Thema, die auch dazu geführt hat, dass

sich seit Monaten keine neue Regierung konstituieren konnte.

### I/f Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft

Unter Federführung des Österreichischen Gemeindebundes wurde in den letzten Jahren das Konzept einer Gesellschaft erarbeitet, die sich die Förderung und Steigerung der Leistungen in der wissenschaftlichen Forschung in Bezug auf Kommunen in allen relevanten Wissenschaftsdisziplinen auf internationaler, europäischer, innerstaatlicher und rechtsvergleichender Ebene zum Ziel gesetzt hat.

Die Proponenten dieser Gesellschaft, Österreichischer Gemeindebund, Österreichischer Städtebund und der Verlag Manz hoben diese Institution schließlich Anfang November 2009 in der Rechtsform Verein aus der Taufe.

Schon jetzt haben sich nicht nur die federführenden Organisationen eingebracht, sondern auch namhafte Wissenschaftler diverser Universitäten, die kommunal relevante Materien unterrichten. Die Tätigkeit der KWG ist nicht auf Gewinn gerichtet. Von der KWG sollen unter anderem gewisse Projekte und Veranstaltungen weitergeführt werden, die auch bisher schon vom Gemeindebund wahrgenommen wurden, etwa die Auslobung kommunalwissenschaftlicher Preise oder das Ver-

anstalten wissenschaftlicher Tagungen zur interdisziplinären Behandlung kommunaler Themen und Entwicklungen.

### **Sommercocktail der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft**

Die zweite Veranstaltung der neuen Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft (KWG), ein Sommercocktail für Gemeindevetreter/innen, wurde in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz abgehalten. Als Gastgeber dieses Forums für einen hochkarätigen Vortrag von Prof. Karlhofer fungierte die Raiffeisen Landesbank Oberösterreich. Thema war „Die Stellung des Kommunalpolitikers“, was eine angeregte Diskussion im Anschluss garantierte. Auch dieser Veranstaltungstyp soll im kommenden Jahr seine Fortsetzung finden, um den Dialog zwischen Wissenschaft und Kommunalpolitik zu stärken und zu institutionalisieren.

### **Symposium „Haftung für Gemeinde-mandatare“**

Die vom Österreichischen Gemeindebund gegründete Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft befasste sich im Rahmen ihres jährlich stattfindenden Symposiums am 3. November 2010 mit

dem Thema „Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen“.

Die Themen wurden von Wissenschaftlern und Praktikern hervorragend aufbereitet, wobei es um die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Organverantwortung ging. In spezielleren Teilen wurden auch die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Auswirkungen für kommunale Mandatare und Mandatarinnen erörtert. Besonderen Anklang fanden die Referate der Professorinnen Leitl und Reindl-Krauskopf. Die anschließende eingehende Diskussion zeigte um die Wichtigkeit dieser Fragen für die einzelnen Verantwortungsträger/innen.

Im Rahmen des Symposiums fand auch der langjährige Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Hubert Waibel, eine würdige Ehrung durch Frau Bundesministerin Dr. Maria Fekter. Schließlich wurde die Verleihung des Preises der Kommunen vorgenommen.

Die Tagungsbände des Symposiums mit allen Referaten wurden diesmal rechtzeitig produziert, dass sie schon während der Tagung erworben werden konnten.

## **II. Kernaufgaben und Kommunale Positionen 2010**

### **II/a Gemeindefinanzen**

#### **1. Gemeinschaftliche Bundesabgaben und Abgabenerfolg**

Nach dem Rezessionsjahr 2009, in welchem die österreichische Wirtschaft um real -3,4 % (EU-Durchschnitt -3,9 %) schrumpfte, hat sich die Wirtschaft im Jahr 2010 mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2 % wieder stabilisiert.

Zur Hebung der heimischen Investitionsbereitschaft und zur Ankurbelung des Konsums hat die Bundesregierung in den Krisenjahren 2008 und 2009 diverse Teuerungsabfederungsmaßnahmen, 2 Konjunkturpakete sowie eine Steuerreform beschlossen, die sich auch auf die Abgabeneinnahmen im Jahr 2010 ausgewirkt haben. Dennoch sorgte der Konjunkturaufschwung bereits ab Frühjahr 2010 dafür, dass die Abgabeneinnahmen im Jahr 2010 um rund 3 % über jenen des Vorjahres lagen. Nachfolgend der Abgabenerfolg der wesentlichsten gemeinschaftlichen Bundesabgaben, an dem die Gemeinden im Jahr 2010 sowie den beiden Vorjahren mit einem Anteil von 11,711 % (ausgenommen davon sind etwa die Werbeabgabe und die Grunderwerbsteuer mit höheren Anteilen) beteiligt sind.

#### **2. Kassenmäßige Ertragsanteile**

Nachfolgend sind die Ertragsanteile der Gemeinden in den Jahren 2009 und 2010 kassenmäßig dargestellt. Sie enthalten die Summe der EA-Vorschüsse, die Zwischenabrechnung des Vorjahres, den Getränkeabgabeausgleich, den Anteil an der Werbeabgabe und die Einkommensteuervorschüsse (KESt II) vom Dezember sowie den Ersatz der Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Selbstträgerschaft. Nicht enthalten ist die Spielbankenabgabe. Die Mindereinnahmen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben trübten auch das Aufkommen der kassenmäßigen Ertragsanteile im Jahr 2010 gegenüber 2009, der zentrale Grund für den insgesamt leichten Rückgang der Ertragsanteile ist jedoch die erstmals äußerst negativ ausgefallene Zwischenabrechnung (Jahresabrechnung 2009), die mit den Ertragsanteilvorschüssen im März gegenverrechnet wurde und rund -114 Mio. EUR für Österreichs Gemeinden betrug.

Seit 2009 wird für die Ertragsanteilsberechnung die Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria verwendet. Die folgende Darstellung zeigt die Auswirkungen der Bevölkerungszahl per 31.10.2009, die für die EA-Berechnung im Jahr 2010 maßgeblich war, im Ver-

Abgabenart	2009	2010	+/- %	Gemeindeanteil FAG 2008 in % <sup>1)</sup>
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Einkommensteuer	2.605,40	2.668,40	2,4	11,711
Lohnsteuer	19.897,50	20.378,00	2,4	11,711
KESt I	1.144,40	1.251,00	9,3	11,711
KESt II	1.870,80	1.305,50	- 30,2	11,711
Körperschaftsteuer	3.834,30	4.632,60	20,8	11,711
<b>Umsatzsteuer</b>				
Umsatzsteuer	21.628,30	22.466,70	3,9	11,711
Kunstförderungsbeitrag	16,90	0,00	- 100	11,711
<b>Verbrauchssteuern</b>				
Tabaksteuer	1.457,60	1.502,00	3,0	11,711
Biersteuer	193,40	197,60	2,2	11,711
Mineralölsteuer	3.800,40	3.853,70	1,4	11,711
Alkoholsteuer	129,90	129,40	- 0,4	11,711
<b>Verkehrssteuern</b>				
Kapitalverkehrssteuern	90,80	101,50	11,8	11,711
Werbeabgabe	105,50	110,00	4,3	86,917 <sup>2)</sup>
Energieabgabe	655,30	726,20	10,8	11,711
Normverbrauchsabgabe	437,00	452,30	3,5	11,711
Grunderwerbsteuer	623,20	726,60	16,6	96,000 <sup>2)</sup>
Versicherungssteuer	1.033,40	1.174,40	- 1,5	11,711
Motorbez. Vers.St.	1.520,80	1.554,00	2,2	11,711
KFZ-Steuer	68,40	69,6	1,7	11,711
Konzessionsabgabe	231,90	221,30	- 4,6	11,711
<b>Summe</b>	<b>61.344,90</b>	<b>63.363,50</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>-</b>

Gemeinschaftliche Bundesabgaben – Abgabenerfolg 2009 und 2010. Angaben in Mio. Euro.

<sup>1)</sup> Seit 1.1.2008 beträgt der einheitliche Anteilsschlüssel der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 11,711 %.

<sup>2)</sup> Unveränderter Verteilungsschlüssel bei diesen Abgaben.

gleich zum Jahr 2009 mit dem Einwohner-Stichtag 31.10.2008. Die Auswirkungen dieses Jahressprungs scheinen zwar nur gering, jedoch spiegeln sie den Jahr für Jahr fortschreitenden Trend der Ausdünnung des ländlichen Raums wider, dem die kleineren und mittleren Gemeinden nur in einzelnen Bundesländern trotzen können.

	2009	2010	%
Burgenland	193,5	191,9	-0,84
Kärnten	476,9	475,2	-0,34
Niederösterreich	1.236,2	1.218,3	-1,45
Oberösterreich	1.182,2	1.169,7	-1,06
Salzburg	517,7	515,8	-0,36
Steiermark	952,8	944,0	-0,92
Tirol	645,6	642,7	-0,44
Vorarlberg	345,3	341,1	-1,2
Wien	1.915,1	1.929,7	0,76
<b>Summe</b>	<b>7.465,2</b>	<b>7.428,5</b>	<b>-0,49</b>

Kassenmäßige Ertragsanteile in Mio. Euro.

Bevölkerungs- entwicklung in %	Klassenweise Auswirkung in % der Ertragsanteile 2010 gegenüber 2009								
	bis 500	501 bis 1.000	1.001 bis 2.500	2.501 bis 5.000	5.001 bis 10.000	10.001 bis 20.000	20.001 bis 50.000	ab 50.001	
Bgld.	0,368	-0,067	-0,083	-0,186	-0,029	1,420	1,059		
Ktn.	-0,172		-0,744	-0,743	-0,487	-0,065	-0,698	-0,646	0,169
NÖ	0,239	-0,173	-0,355	-0,214	0,150	0,234	0,015	-0,194	0,016
OÖ	0,084	-0,350	0,151	-0,259	-0,081	-0,119	-0,394	0,397	-0,176
Sbg.	0,080	-0,279	-0,425	-0,368	0,169	0,015	0,407		-0,509
Stmk.	0,076	-1,177	-0,605	-0,519	-0,202	-0,547	-0,755	-0,820	0,957

Die EA 2009 wurden mit der Bevölkerungszahl zum 31.10.2008 berechnet, die EA 2010 mit jener zum 31.10.2009

Bevölkerungs- entwicklung in %		Klassenweise Auswirkung in % der Ertragsanteile 2010 gegenüber 2009							
		bis 500	501 bis 1.000	1.001 bis 2.500	2.501 bis 5.000	5.001 bis 10.000	10.001 bis 20.000	20.001 bis 50.000	ab 50.001
Tirol	0,373	-0,133	-0,191	-0,082	-0,116	-0,161	0,359		0,504
Vbg.	0,359	-0,653	0,018	-0,412	0,048	0,068	-0,200	0,485	
Wien	0,582								0,196

*Die EA 2009 wurden mit der Bevölkerungszahl zum 31.10.2008 berechnet, die EA 2010 mit jener zum 31.10.2009*

Auswirkung der Bevölkerungsstatistik Stichtag 31.10.2009 im Vergleich zum Stichtag 31.10.2008

Ein kurzer Ausblick auf die Entwicklung der Ertragsanteile des Jahres 2011 zeigt ein prognostiziertes Wachstum der Gemeinde-EA gegenüber 2010 in Höhe von gesamt rund 8,2 %. Dieses Wachstum setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Auf der einen Seite sind es der Konjunkturaufschwung (das WIFO etwa prognostiziert +2,2 % reales Wachstum für 2011) und die Zusatzeinnahmen aus den Budgetbegleitgesetzen. Die neuen Steuern wie die Bankenabgabe sowie die sonstigen steuerlichen Änderungen ergeben ein auf die Gemeinden entfallendes Mehraufkommen in Höhe von rund 149,1 Mio. EUR im Jahr 2011, sodass pro Einwohner abhängig von Gemeindegröße und Bundesland mit Mehreinnahmen in Höhe von EUR 11,86 bis 19,78 zu rechnen ist. Auf der anderen Seite sind es die Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes, die im Jahr 2011 wirksam werden. Diese Neuerungen betreffen primär die Abflachung des Vervielfachers des abgestuften Bevölkerungsschlüssels für die Gemeinden unter 10.000 Einwohner bzw. die Anhebung des einheitlichen Schlüssels für gemeinschaftliche Bundesabgaben von 11,711 auf 11,885 mit 1.1.2011. Insgesamt dürfte also im Jahr 2011 wieder das Ertragsanteilsniveau des Jahres 2008 erreicht werden.

### 3. Getränkesteuerausgleich

Der Getränkesteuerausgleich ist an die Dynamik des Umsatzsteueraufkommens gekoppelt, wodurch auch in der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise jeweils leichte Zuwächse bei der Höhe der Ländertöpfe zu verzeichnen waren. Die Berechnungsbasis für den Getränkesteuerausgleich bildet jeweils der Abgabenerfolg im Zeit-

raum November des Vorjahres bis Oktober des laufenden Jahres. In der nachfolgenden Graphik sind die Zwischenabrechnungen des betreffenden Vorjahres bereits berücksichtigt.

in Mio Euro	2008	2009	2010	2011
Burgenland	9,5	9,5	9,7	10,2
Kärnten	32,1	32,3	32,9	34,5
Niederösterreich	57,4	57,8	58,7	61,6
Oberösterreich	55,1	55,5	56,4	59,2
Salzburg	35,6	35,9	36,5	38,3
Steiermark	49,5	49,8	50,6	53,1
Tirol	54,8	55,2	56,1	58,9
Vorarlberg	18,2	18,3	18,6	19,5
Wien	65,7	66,1	67,3	70,6
<b>Summe</b>	<b>377,9</b>	<b>380,3</b>	<b>386,7</b>	<b>405,9</b>

Getränkesteuerausgleich (Ländertöpfe)

Im März 2010 hat der VfGH die Verteilung der Mittel obiger Ländertöpfe auf die einzelnen Gemeinden per 31.12.2010 aufgehoben. Die auf Basis der Einigung von Gemeindebund und Städtebund getroffene einjährige Neuregelung für 2011 wurde als Abänderungsantrag im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes am 22. Dezember 2010 beschlossen. Die Eckpunkte für die gemeindeweise Verteilung der Mittel innerhalb eines Landes sind: Die Verteilung erfolgt zu 90% nach den bisherigen Schlüsseln. Von den nach einem neuen Schlüssel zu verteilenden 10% werden in den tourismusintensiven Bundesländern Tirol, Salzburg, Kärnten und Vorar-

lberg vorweg 0,1 EUR pro Nächtigung abgezogen und anschließend werden die Mittel 50:50 aBS zu VZ verteilt, in Bundesländern mit weniger Tourismus erfolgt dies generell.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung jener 168 Gemeinden, die im Jahr 2011 geringere Einnahmen aus dem Getränkesteuerausgleich zu verzeichnen haben als noch 2010. Gemeinsam mit den allgemeinen Ertragsanteilen gibt es jedoch keine Gemeinde, die 2011 Verluste gegenüber 2010 tragen muss. Die anderen 2.189 österreichischen Gemeinden erhalten 2011 zumindest den Getränkesteuerausgleich 2010.

Getränkesteuer ausgleich	Anzahl Gemeinden	Verluste je Größenklasse (in EUR)
bis 500 Einwohner	13	-6.063,57
501 bis 1.000 EW	27	-43.117,78
1.001 bis 2.500 EW	67	-135.999,24
2.501 bis 5.000 EW	26	-102.905,90
5.001 bis 10.000 EW	19	-151.034,39
10.001 bis 20.000 EW	14	-165.744,70
20.001 bis 50.000 EW	1	-37.143,00
ab 50.000 Einwohner	1	-66.885,46
<b>Gesamt</b>	<b>168</b>	<b>-708.894,04</b>

(Anm.: Bei den beiden großen Städten handelt es sich um Krems/Donau und Innsbruck)

Für eine künftige und langfristige Regelung der gemeindeweisen Verteilung der Getränkesteuerausgleichsmittel, die 2011 zu treffen ist, wird eine Verteilung nach möglichst aktuellen Getränkejahresumsätzen angestrebt. In diesem Zusammenhang muss jedoch auf die im Jahr 2010 sehr starken Widerstände von WKO und BMF gegen eine solche einmal pro FAG-Periode stattfindende Erhebung verwiesen werden.

#### 4. Anteil der Gemeinden an der Werbeabgabe

Auch die Werbewirtschaft wurde von der Wirtschaftskrise voll erfasst, sodass das Aufkommen an Werbeabgabe im Jahr 2010 noch unter jenem aus 2008 lag. Die nachfolgende länderweise Darstellung (inkl. Zwischenabrechnung des jeweiligen Vorjahres) zeigt die Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe:

in Mio. EUR	nach VZ	nach Aufk.	Summe 2010	Summe 2009	Summe 2008
Burgenland	1,3	0,1	1,4	1,3	1,4
Kärnten	2,6	0,6	3,2	3,1	3,4
Niederösterr.	7,4	8,4	15,8	15,2	16,2
Oberösterr.	6,5	4,2	10,7	10,3	11,1

Salzburg	2,4	2,9	5,3	5,1	5,5
Steiermark	5,6	1,4	7,0	6,8	7,3
Tirol	3,2	0,6	3,9	3,7	4,0
Vorarlberg	1,7	0,5	2,2	2,1	2,2
Wien	7,8	39,2	47,0	45,3	47,9
<b>Summe</b>	<b>38,5</b>	<b>57,8</b>	<b>96,3</b>	<b>92,9</b>	<b>98,9</b>

Anteile der Gemeinden an der Werbeabgabe (kassenmäßig)

#### 5. Finanzzuweisung gemäß § 21 FAG 2008 (Gemeindekopfgleichung)

Zur Finanzkraftstärkung der Gemeinden gewährt der Bund aus eigenen Mitteln jenen Gemeinden, deren Finanzkraft zu mehr als 10 % unter der Bundesdurchschnittskopfquote (innerhalb der jeweiligen Gemeindegrößenklasse) der Finanzkraft aller Gemeinden (außer Wien) liegt, Finanzzuweisungen. Die unterschiedlichen Entwicklungen sind auf die länderweise Vorverteilung dieser Mittel nach der Volkszahl zurückzuführen, die 2009 erstmals nach der Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria erfolgt. Die Höhe der auf die Gemeinden entfallenden Finanzzuweisungen (inkl. der Aufrollung des Vorjahres) ist länderweise der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

in 1000 Euro	2008	2009	2010
Burgenland	4,76	4,78	5,01
Kärnten	7,00	6,75	6,64
Niederösterreich	19,36	19,34	18,99
Oberösterreich	17,24	17,00	16,69
Salzburg	6,46	6,36	6,26
Steiermark	14,82	14,54	14,29
Tirol	8,43	8,46	8,32
Vorarlberg	4,40	4,42	4,34
Wien	19,41	20,18	19,91
<b>Summe</b>	<b>101,87</b>	<b>101,83</b>	<b>100,45</b>

## 6. Beihilfen- und Ausgleichszahlungen

Beihilfenzahlungen gemäß GSBG (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz) wurden im Jahr 2010 an folgende Einrichtungen vom Bund angewiesen:

- Träger der Sozialversicherung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- Krankenfürsorgeeinrichtungen
- Träger des öffentlichen Fürsorgewesens
- Kranken- und Kuranstalten
- Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern
- Krankentransporte (Rettungswesen)

An Beihilfen gelangten im Jahr 2010 für alle genannten Einrichtungen rund 977,1 Mio. € zur Auszahlung. Gegenüber dem Jahr 2009 erhöhten sich die Beihilfenzahlungen um rund 42,7 Mio. € oder um 4,57 %.

Die Höhe der Beihilfenzahlungen, soweit sich diese auf die Krankenfürsorgeeinrichtungen, die Träger des öffentlichen Fürsorgewesens, die Kranken- und Kuranstalten, die Pflegeanstalten, Alten-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Rechtsträgern beziehen, sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

I. Länderweise	in Mio. EUR		
	2008	2009	2010
Burgenland	16,95	16,07	17,96
Kärnten	66,55	69,96	70,97
Niederösterreich	142,50	142,34	139,27
Oberösterreich	172,58	177,57	182,23
Salzburg	51,69	52,89	55,91

Steiermark	106,68	104,63	124,28
Tirol	66,68	68,80	70,68
Vorarlberg	35,26	36,66	37,68
Wien	262,79	265,45	278,11
<b>Summe</b>	<b>921,68</b>	<b>934,37</b>	<b>977,10</b>

II. Nach Beihilfenart	in 1.000 Euro		
	2008	2009	2010
Krankenfürsorgeeinrichtungen	22,12	23,88	22,87
Träger der öffentlichen Fürsorge	280,26	300,84	323,23
Kranken- und Kuranstalten, einschließlich Krankentransporte	619,31	609,65	630,99
<b>Summe</b>	<b>921,68</b>	<b>934,37</b>	<b>977,10</b>

## 7. Gemeindeeigene Abgaben – Kommunalsteuer und Grundsteuer

Nachfolgende Tabelle zeigt die Einnahmen der Gemeinden ohne Wien aus der Kommunalsteuer und der Grundsteuer, die die zentralen gemeindeeigenen Abgaben darstellen:

Die Einnahmen aus Kommunalsteuer sind im Jahr 2009 gegenüber 2008 um rund -0,75% zurückgegangen. Das Ergebnis der Jahres 2010 dürfte jedoch ob der prognostizierten Steigerungen bei den Lohn- und Gehaltssummen um 2,2 % bereits wieder leicht ansteigen. Im vergange-

nen Jahr 2010 wurden die Bemühungen intensiviert, der Kommunalsteuerprüfung im Rahmen der GPLA (gemeinsame Prüfung lohn- und gehaltsabhängiger Abgaben) neben den Interessen von BMF und SV mehr Platz einzuräumen. Insbesondere durch die Prüfung von kleinen und mittleren Unternehmen, die sich häufig in den ländlichen Regionen finden.

Das Jahr 2010 war, mit Ausnahme der Zeit vor den beiden Landtagswahlen, geprägt von Diskussionen über mögliche neue Einnahmequellen des Staates. Auch die Grundsteuer wurde hier häufig genannt und war auch Inhalt einer VfGH-

Prüfung einer Beschwerde über einen Steuerbescheid. Das mit Spannung erwartete Erkenntnis vom 6. Oktober 2010 brachte jedoch die Grundsteuer und ihre Einheitswerte u.a. „wegen des (geringen) Gewichts der daran geknüpften Steuerfolgen im Hinblick auf die damit unzweifelhaft erreichte Verwaltungsentlastung“ aufgrund der seit Jahrzehnten nicht durchgeführten Hauptfeststellung nicht zu Fall. Gegen den Willen der Gemeinden wurde im Wege der Bewertungsgesetz-Novelle 2010 eine Hauptfeststellung auf unbestimmte Zeit verschoben. Für den Fall einer Aufhebung der Einheits-

werte durch den VfGH hatte der Österreichische Gemeindebund ein Modell für eine vereinfachte Einheitsbewertung erarbeitet, das jedoch durch die weiterhin bestehende Verfassungskonformität in weite Ferne gerückt ist. Um den äußerst bescheidenen Zuwachsraten bei den Einnahmen aus der gemeindeeigenen Grundsteuer zu begegnen, wurden beispielsweise die Pilotprojekte für die Einheitsbewertung über das Jahr 2010 hinaus verlängert und auch Initiativen im Bereich des E-Government und der Grundsteuerbefreiungen gesetzt, welche fortzuführen sind.

Zentrale gemeindeeigene Abgaben (in Mio. EUR)						
	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Grundsteuer C	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Burgenland	2,1	2,1	14,9	15,7	46,7	47,7
Kärnten	1,7	1,7	40,8	42,3	129,5	127,9
Niederösterreich	10,4	10,4	98,7	101,1	368,7	366,1
Oberösterreich	5,6	5,7	95,0	98,5	418,0	415,8
Salzburg	1,1	1,2	43,0	44,6	163,2	163,5
Steiermark	4,0	4,0	76,5	79,5	297,1	290,4
Tirol	1,0	1,0	55,6	57,3	192,1	191,1
Vorarlberg	0,3	0,3	24,7	25,3	108,7	108,6
	<b>26,3</b>	<b>26,4</b>	<b>449,3</b>	<b>464,3</b>	<b>1.724,0</b>	<b>1.711,1</b>

## II/b Legistik

Nach Angaben des Bundeskanzleramtes betrug im Jahr 2010 die Anzahl der übermittelten Ministerialentwürfe, die im Sinne der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus übermittelt wurden, 114 Stück. Zudem wurden 79 Entwürfe als Regierungsvorlagen zur Begutachtung binnen Wochenfrist vorgelegt. Das Jahr bewegt sich damit im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre, allerdings kam es zu einem besonderen Häufungspunkt bei den Gesetzesvorlagen im Zuge der Budgetbegleitgesetze im November und Dezember 2010.

### *Verlangen nach Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus*

Gemäß Art. 1 Abs. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften werden Gesetzesentwürfe der Bundesministerien, Gesetzesvorschläge der Bundesregierung sowie beschlussreife Verordnungsentwürfe der Bundesregierung oder einzelner Bundesminister den Ämtern der Landesregierungen und der Verbindungsstelle der Bundesländer, dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund übermittelt. In diese Vorhaben ist eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen aufzunehmen, die den

von den Vertragsparteien einvernehmlich zu erarbeitenden und vom Bundesminister für Finanzen zu erlassenden Richtlinien gemäß § 14 Abs. 5 Bundeshaushaltsgesetz entspricht (Art. 1 Abs. 3 der Vereinbarung).

Der Bund, vertreten durch den Bundesminister für Finanzen, ein Land, der Österreichische Gemeindebund oder der Österreichische Städtebund kann verlangen, dass in einem Konsultationsgremium Verhandlungen über die durch ein Vorhaben gemäß Art. 1 im Fall seiner Verwirklichung dem Antragsteller zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben, einschließlich zusätzlicher Personalkosten, aufgenommen werden. Sollte keine Einigung zustande kommen, so trifft jene Gebietskörperschaft eine Ersatzpflicht, welche die zusätzlichen finanziellen Ausgaben durch die Verwirklichung des Vorhabens verursacht hat.

Der Österreichische Gemeindebund hat im Jahr 2010 zu insgesamt fünf Gesetzes- und Verordnungsentwürfen vorsorglich Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus eingefordert. Dies betraf:

- die Eisenbahnkreuzungsverordnung
- das Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2010
- die Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2010
- das Wasserrechtsgesetz und
- das Transparenzdatenbankgesetz

**Eisenbahnkreuzungsverordnung**

Im Februar 2010 hat der Österreichische Gemeindebund infolge der enormen Kostenbelastung, die sich aus den neuen Vorschriften im Zusammenhang mit Bahnübergängen ergäben hätten, den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Der Entwurf sah eine überschießende, undifferenzierte und flächendeckende Adaptierung nicht technisch gesicherter Eisenbahnübergänge zu technisch gesicherten Anlagen vor. Da die Gemeinden als Träger der Straßenbaulast die Kosten bis zur Hälfte der geschätzten 2 Mrd. EUR zu tragen hätten, wurden Verhandlungen in einem Konsultationsgremium gefordert. Das BMVIT hat einen überarbeiteten Verordnungsentwurf in Aussicht gestellt.

**Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2010**

Im März 2010 endete die Begutachtungsfrist zum Ministerialentwurf für ein Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz. Das Vorhaben des Bundes, die geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Jugendwohlfahrt zu novellieren und an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen, wurde seitens des Österreichischen Gemeindebundes zwar grundsätzlich begrüßt. Da die Umsetzung dieses Gesetzes aber insbesondere die Haushalte der ohnedies finanziell angeschlagenen Gemeinden über Gebühr belastet hätte, wurde das Verlangen nach Verhand-

lungen im Sinne des Konsultationsmechanismus gestellt. Da der Bund keine weiteren Schritte gesetzt hat, blieb es bislang beim Entwurf.

**Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2010**

Der Österreichische Gemeindebund hat massive Kritik gegen den im Februar 2010 zur Begutachtung ausgesandten Entwurf erhoben. Neben der Abschaffung des Vorstellungsverfahrens und der Durchbrechung des innergemeindlichen Instanzenzuges durch die Zuständigkeit der neu einzurichtenden Landesverwaltungsgerichtshöfe in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches einer Gemeinde stellte dieser Entwurf außerdem einen unvereinbaren Eingriff in die Selbstverwaltung und in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden insgesamt dar. Da mit diesem Entwurf auch ungemein hohe Kosten für die Gemeinden verbunden wären, forderte der Österreichische Gemeindebund die Aufnahme von Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus. Das Vorhaben wurde seitens des Bundes nicht mehr weiter verfolgt.

**Wasserrechtsgesetz**

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zum Ministerialentwurf hat der Österreichische Gemeindebund im Juli 2010 einige Kritikpunkte eingebracht, die

in der Regierungsvorlage größtenteils Berücksichtigung gefunden haben. Die Novelle sieht in Umsetzung der Hochwasserrichtlinie die Erstellung von detaillierten Hochwasserrisikoplänen sowie die Darstellung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasserereignissen und deren Schäden vor. Da der Österreichische Gemeindebund zur Ansicht gelangt ist, dass die Gemeinden letztlich für die Umsetzung dieser kostenintensiven Schutzmaßnahmen zuständig sind und in weiterer Folge auch zivil- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten, wurde dieses Vorhaben abgelehnt und vorsorglich Verhandlungen im Sinne des Konsultationsmechanismus gefordert. Das BMLFUW geht aber davon aus, dass die Befürchtungen des Österreichischen Gemeindebundes unbegründet sind. Die Novelle ist noch nicht beschlossen.

**Transparenzdatenbankgesetz**

Künftig müssen Gemeinden ihre Förderungen und Sachleistungen (z.B. Kindergarten, Wohnbeihilfe) in die Transparenzdatenbank eingeben. Sowohl im Rahmen der Begutachtung zum Ministerialentwurf im September 2010 als auch im Rahmen der Begutachtung der Regierungsvorlage im Oktober 2010 hat der Österreichische Gemeindebund mitgeteilt, dass bereits dieses Bundesgesetz die Gemeinden zumindest in Teilbereichen un-

mittelbar verpflichtet, bestimmte Leistungen in die Transparenzdatenbank einzumelden. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, den Österreichischen Gemeindebund als gleichberechtigten Partner in die Verhandlung der in Aussicht gestellten Art. 15a B-VG Vereinbarung zwischen Bund und Ländern aufzunehmen. Da in den Erläuterungen die finanziellen Auswirkungen unzureichend dargestellt wurden, den Gemeinden aber neben dem erforderlichen Sachaufwand ein unverhältnismäßig großer Verwaltungsmehraufwand droht, hat der Österreichische Gemeindebund vorsorglich den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Das Gesetz wurde beschlossen. Derzeit laufen Verhandlungen über eine Art. 15a B-VG Vereinbarung, zu denen auch der Österreichische Gemeindebund eingeladen wurde.

**Sonstige Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen:**Abfallwirtschaftsgesetz

In Umsetzung der EU Abfallrahmenrichtlinie wurde in das AWG 2002 unter anderem die fünfstufige Abfallhierarchie aufgenommen. Dies wurde seitens des Österreichischen Gemeindebundes begrüßt. In seiner Stellungnahme zum Entwurf hat der Österrei-

chische Gemeindebund jedoch darauf hingewiesen, dass die Prinzipien der Entsorgungsnähe und der Entsorgungsaufartikie zur Absicherung und Errichtung entsprechender Verwertungsanlagen die Inanspruchnahme grenznaher Anlagen, die den strengen österreichischen Auflagen und Standards entsprechen, nicht verhindern dürfen.

#### Umweltförderungsgesetz

Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes wurde im Dezember 2010 das Umweltförderungsgesetz geändert. Die Änderung sieht eine Kürzung des Zusage Rahmens (2010-2013) für Förderungen von Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft um 44 % von € 630 Mio. auf € 355 Mio. vor. Begründet wird diese Kürzung mit einem Rückgang der Investitionen der Gemeinden in den letzten Jahren und mit der Notwendigkeit einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung zu leisten. Der Österreichische Gemeindebund hat in seiner Stellungnahme kritisiert, dass die Zweckwidmung dieser Mittel im FAG (2008 bis 2013) vereinbart wurde und diese daher nicht zweckentfremdet werden dürfen. Zudem werden die Mittel für die Siedlungswasserwirtschaft auch von den Gemeinden aufgebracht. Der Gemeindebund wird daher an den Finanzminister und an den Umweltminister herantreten, dass ab 2013 wieder ausreichend Mittel vorgesehen sind.

#### Altlastensanierungsgesetz

Ebenso im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes wurde auch das Altlastensanierungsgesetz geändert. Demnach werden die Altlastenbeiträge um 14,5% erhöht. Begründet wird diese Erhöhung mit den sinkenden Einnahmen aufgrund des Rückganges an Deponievolumen und des gleichbleibenden Bedarfs der Einnahmen von ca. € 70 Mio. Die Novelle sieht aber auch vor, dass beginnend mit dem Jahr 2011 (ca. € 4 Mio.), im Jahr 2013 mehr als € 16 Mio. und im Jahr 2014 mehr als € 18,4 Mio. zweckentbunden werden sollen. Begründet wird die Umwidmung mit der Budgetkonsolidierung. Da mit der Umwidmung mehr zweckentbunden und dem allgemeinen Budget zugeführt wird als durch die Erhöhung der Beiträge (€ 11 bis 14 Mio.) Mehreinnahmen erzielt werden, wurde dieses Vorhaben seitens des Österreichischen Gemeindebundes entschieden abgelehnt.

#### Behinderteneinstellungsgesetz

Mit der Novellierung des Behinderteneinstellungsgesetzes wurde die Ausgleichstaxe für Dienstgeber mit mehr als 100 Dienstnehmern auf nunmehr € 316,- angehoben. Der Österreichische Gemeindebund hat diese Anhebung zwar nicht kritisiert, sehr wohl aber darauf hingewiesen, dass differenziert werden müsse, ob es sich um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse handelt oder nicht.

#### Rechnungshofkontrolle von Gemeinden

Bereits im Herbst 2009 wurde seitens der Regierungsparteien die Forderung nach einer Ausweitung der Prüfkompetenz des Rechnungshofs auch auf Gemeinden unter 20.000 Einwohner erhoben. Seither hat der Österreichische Gemeindebund viele Vorschläge eingebracht, die eine wirksame und effiziente Gebarungsprüfung ohne überbordenden Verwaltungsaufwand, Doppelprüfungen oder ein Hineintragen der Gemeindepolitik in die Landtage ermöglichen.

Am 17. Juni 2010 wurde dem Initiativantrag von SPÖ und ÖVP am 17. Juni 2010 über die Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes und des Rechnungshofgesetzes stattgegeben und somit fallen ab 1.1.2011 alle Gemeinden über 10.000 Einwohner (davor über 20.000 EW) in die Prüfkompetenz des Rechnungshofes hinsichtlich ihrer Gebarung. Geprüft werden also künftig 71 Gemeinden mit rund 3,7 Mio. Einwohnern. Darüber hinaus hat der Rechnungshof auf begründeten Antrag der Landesregierung sowie des Landtages in je zwei Fällen pro Jahr das Recht, auch kleinere Gemeinden zu prüfen. Dies aber nur dann, wenn es objektiv festgestellte Auffälligkeiten bei der Schulden- und Haftungsentwicklung gibt.

Durch die B-VG Änderungen im Zuge dieser RH-Reform erhielt der Lan-

desverfassungsgesetzgeber die Ermächtigung verschiedene Sachverhalte zu regeln, beispielsweise dass Gemeinden unter 10.000 EW jährlich ihre VA und RA nicht nur an die Landesregierung sondern auch an den Landesrechnungshof liefern müssen, dass Gebarungsprüfungen von Unternehmen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften von Gemeinden unter 10.000 EW durch den Landes-RH erfolgen können oder dass die Prüfberichte von Gemeinden unter 10.000 EW bzw. von deren Gemeindeunternehmen dem Gemeinderat vorzulegen und anschließend zu veröffentlichen sind. Von dieser Ermächtigung, die Landes-Rechnungshöfe aufzuwerten, sind auch die Gemeindeverbände mit umfasst. Zu Beginn des Jahres 2011 wird versucht werden, eine bundesweite Position des Gemeindebundes zu formulieren, jedoch wird derzeit damit gerechnet, dass die Umsetzung in den Landesverfassungsgesetzen aufgrund der realpolitischen Gegebenheiten in den Ländern sehr unterschiedlich erfolgen wird.

#### BAO-Änderung betreffend Getränkeabgabe

Im Rahmen der Abgabenrechts-Novelle 2010 wurde ein zusätzlicher Absatz 4 im § 323a der Bundesabgabenordnung vorgeschlagen, womit die weitere verfahrensrechtliche Vorgangsweise noch offener Rückzahlungsverfahren im Bereich der Gastronomie klargestellt und

eine einheitliche Vorgangsweise in sämtlichen Bundesländern erreicht werden konnte. Diese Neuregelung hat zur Folge, dass anstelle der unterschiedlich formulierten landesgesetzlichen „Rückzahlungssperren“ eine solche der BAO treten wird, da zuvor nur die Steiermark und Wien aufgrund ihrer landesgesetzlichen Regelung ausreichend abgesichert waren.

## II/c Weitere Sachthemen

### *Evaluierung und Reform des Finanzausgleichs*

Das Paktum zum FAG 2008 sieht mit Ende der 1. Hälfte der 6jährigen FAG-Periode eine Evaluierung des Finanzausgleichs vor. Im März 2010 wurden Vorgespräche auf politischer Ebene geführt, die jedoch keine Einigung auf einen Arbeitsauftrag oder die Vergabe von Studien an die Wissenschaft brachten. Kurz darauf hat das BMF dann eigenmächtig 5 Studien in Auftrag gegeben, die im Dezember 2010 den FAG-Partnern Länder und Gemeinden vorgelegt wurden. Inhalte sind beispielsweise eine radikale Reduktion der Transfers zwischen den Gebietskörperschaften, eine Ausweitung der Abgabenaufgaben der Länder oder eine Aufgabenorientierung an Basisaufgaben und Sonderlasten. Diese Ergebnisse und Anregungen der Wissenschaft werden zu Beginn des Jahres 2011 zu diskutieren und zu bewerten sein. Der Öster-

reichische Gemeindebund, der bereits im Jänner 2011 eine interne Klausursitzung abhalten wird, hat hierbei festgehalten, dass man sich der Diskussion über die einzelnen Reformoptionen stellen wird, die vorgelegten Ergebnisse jedoch nicht dem Arbeitsfortschritt bzw. Konsens der Arbeitsgruppe entsprechen.

### *Österreichischer Stabilitätspakt*

Der Österreichische Stabilitätspakt 2008 ist aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise von den einzelnen Gebietskörperschaften nicht mehr einzuhalten. Gemäß dem Artikel 6 Abs. 4 wären „Verhandlungen über die Reduktion der Verpflichtung zur Erbringung ihrer jeweiligen Stabilitätsbeiträge zu führen.“ Der Bund jedoch tat vielfach die Meinung kund, dass der Stabilitätspakt faktisch nicht mehr in Kraft ist. Nach der Präsentation des Österreichischen Stabilitätsprogramms im Februar 2010 und der wenig später folgenden Ankündigung des BMF, den Stabilitätspakt neu verhandeln zu müssen, kam der Reformdruck jedoch zum Erliegen. Am Tag nach der Wien-Wahl erfolgte die erste Verhandlungsrunde zum Stabilitätspakt auf politischer Ebene, ein weiterer sollte folgen. Die dritte im Oktober 2010 geplante Verhandlungsrunde wurde abgesagt, stattdessen hat der Bund bilateral ohne Einbindung der Gemeinden mit den Ländern im November und Dezember mehrfach verhandelt und auch einen

Entwurf für einen Stabilitätspakt mit nachfolgenden Eckpunkten vorgelegt:

- Stärkere Information und Koordination etwa durch unterjährige Übermittlung von Haushaltszahlen
- Einbeziehung der Schulden und Defizite von Krankenanstalten oder auch Landes- und Gemeindeimmobiliengesellschaften
- Einführung von Haftungsobergrenzen etwa nach der Finanzkraft
- Schaffung eines Automatismus für Sanktionsmaßnahmen
- Im Dezember schlug der Bund für Länder, Gemeinden UND Sozialversicherungen ein gemeinsames maximales Defizit von 0,6/0,55/0,6% des BIP für die Jahre 2011-2013 vor, von der Forderung nach verpflichtenden Ausgabenobergrenzen für alle Gebietskörperschaften ist der Bund jedoch wieder abgerückt.

Das Maastricht-Defizit der Länder mit Wien lag 2009 bei über 0,71% des BIP, jenes der Gemeinden ohne Wien lag bei knapp 0,18% oder rund 486 Mio. EUR. Die Länder haben in den bilateralen Verhandlungen mit den Bund verschiedene Zahlen für ihre Maastricht-Beiträge genannt, die allesamt oberhalb dem aktuellen Angebot des Bundes zu finden sind und haben sich für eine weitgehende Beibehaltung des aktuellen Stabilitätspakts mit anderen Zahlen

ausgesprochen. Der Österreichische Gemeindebund hat sich für ein mögliches Defizit der Gemeinden ohne Wien in Höhe von 0,2% des BIP, welches die Mehreinnahmen durch das Budgetbegleitgesetz 2011 bereits berücksichtigt, ausgesprochen und hat seine Zustimmung zum Österreichischen Stabilitätspakt 2011 von einer Einigung über eine nachhaltige Finanzierung der Pflege abhängig gemacht.

### *Pflegefinanzierung*

Der Österreichische Gemeindebund hat im Jahr 2010 Überlegungen zur künftigen Pflegefinanzierung angestellt, welche u.a. die Schnittstellen zwischen Vorsorge, Gesundheit und Pflege sowie die Probleme mit dem 13./14. Monatsgehalt und der 80%-Regelung berücksichtigen muss. Verschiedenste Gespräche mit Politik, Verwaltung und Trägerorganisationen wurden geführt. Zur wissenschaftlichen Untermauerung von künftigen Vorschlägen wurde im Juni 2010 bei Professor Mazal eine Pflegestudie in Auftrag gegeben, die auf Basis der demographischen, finanziellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen künftige Organisations-, Finanzierungs- und Implementierungsfragen beleuchtet hat. Leider musste der Bund auch mehrfach darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinden als wesentlicher Zahler der Pflege in die Besprechungen von Bund und Ländern eingebunden werden. Bisher gibt es

lediglich politische Absichtserklärungen, wonach die Finanzierung der Pflege gemäß dem allgemeinen Abgabenschlüssel des FAG erfolgen soll. Die Länder, die über weitgehende Kompetenz im Pflegebereich verfügen, sollen auch weitgehend freie Hand bei der Verwendung der Mittel des Pflegefonds erhalten (Geld- oder Sachleistungen; Pflege in Heimen oder zu Hause). Inwieweit es bundesweite Kriterien für die Begutachtung und Einstufung aber auch Vollziehung der Pflege geben wird ist ebenso offen wie die Finanzierung der aktuellen Fehlbeträge im System oder einheitliche Regressregelungen. Jedenfalls muss es in absehbarer Zeit eine Einigung über die Finanzierung geben, denn allein im Bereich der Sachaufwendungen werden die Pflegekosten in den nächsten 10 Jahren um 35% ansteigen und es werden 60% mehr Einsatzstunden mobiler Dienste und 25% mehr Pflegeplätze erforderlich sein. Um die Dringlichkeit und die Bedeutung dieser Problematik für die Gemeinden zu unterstreichen wurde seitens des Österreichischen Gemeindebundes eine Zustimmung zum Österreichischen Stabilitätspakt 2011 von einer Einigung über die Finanzierung der Pflege abhängig gemacht.

### **Schwellenwerteverordnung**

Durch intensiven Einsatz des Österreichischen Gemeindebundes in enger Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium und den Bundesländern konnte die Verlä-

gerung der am 30. April 2009 in Kraft getretenen Schwellenwerteverordnung 2009 um ein Jahr erreicht werden. Sie sieht nun weiterhin eine deutliche Anhebung der Schwellenwerte für „Direktvergaben“ und „nicht offene Verfahren“ vor. Dadurch wird den Gemeinden auch im Jahr 2011 ermöglicht, einfach und unbürokratisch viele Projekte umzusetzen. Langwierige Vergabeverfahren werden ebenso vermieden wie Zeitverzögerungen bei der Verwirklichung von längst fälligen Infrastrukturvorhaben. Im Zusammenhang mit der Nutzung dieser erhöhten Schwellenwerte wird es jedoch bedingt durch europäische Vorgaben eine Meldepflicht auch für Gemeinden geben, die in den Details zu Beginn der Jahres 2011 ausgearbeitet werden wird und rückwirkend zum 1.1.2011 gilt.

### **Radarüberwachung**

Die Verkehrssicherheit und insbesondere die automatisierte Verkehrsüberwachung war auch im Jahr 2010 ein vorrangiges Thema. Seit gut zweieinhalb Jahren ist es Gemeinden untersagt, automatisierte Geschwindigkeitsüberwachungen auf ihren Gemeindestraßen durchzuführen. Allen Statistiken, Unfallzahlen und Anruferbeschwerden zum Trotz gibt es zwar noch keine gesetzliche Grundlage, dennoch ist man ein wesentliches Stück vorangekommen. Nach etlichen Gesprächen mit den Verantwortlichen auf Landesebene hat sich letztlich auch die Landes-

hauptleutenkonferenz mit dieser Thematik befasst. Bis auf Kärnten befürworten sämtliche Länder die Möglichkeit der Gemeinden, unter bestimmten Umständen Radarüberwachungen auf Gemeindestraßen durchzuführen. Da einzelne Länder wichtige Punkte in die Diskussion eingebracht haben, wurden diese vom Österreichischen Gemeindebund aufgegriffen und im Rahmen eines neuen Vorschlages abschließend berücksichtigt. Demnach soll die StVO die Länder ermächtigen, mittels Übertragungsverordnungen auch Gemeinden ohne Gemeindegewächkörper die automatisierte Geschwindigkeitsüberwachung zu übertragen. 20% der eingehobenen Strafgebühren sollen den Ländern für die Abgeltung des Mehraufwandes zustehen. Auf diese Weise bleibt den einzelnen Ländern die Entscheidung vorbehalten, ob, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen sie ihren Gemeinden die automatisierte Geschwindigkeitsüberwachung übertragen möchten.

### **Ganztägige Schulformen**

Im Vorjahr wurden die Vorarbeiten für einen Ausbau der ganztägigen Schulangebote im Rahmen einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe geleistet, in der auch der Österreichische Gemeindebund vertreten war. Nachdem der Österreichische Gemeindebund als Vertreter der Gemeinden und damit als Vertreter der Pflichtschülerhalter auf die beträcht-

lichen Kostenfolgen aufmerksam gemacht hat, die ein Ausbau des Betreuungsangebotes nach sich zieht, hat sich der Bund im November 2010 bereit erklärt, Mittel von jährlich € 80 Mio. bis 2014 für den Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung zur Verfügung zu stellen. Da die Mittelzuteilung über die Länder im Wege einer Art. 15a B-VG Vereinbarung erfolgen soll, hat der Österreichische Gemeindebund seine Forderung nach einer effizienten und unbürokratischen Abwicklung erneuert. Die Gelder müssen dort landen, wo sie gebraucht werden. Es wird daher Bedacht darauf zu nehmen sein, dass die Gelder nicht in der Verwaltung hängen bleiben sowie darauf, dass sich die Förderungen und auch derzeitigen Zuschüsse der Länder nicht um den Betrag des Bundes mindern.

### **Österreichisches Raumentwicklungskonzept**

Zu den zentralen Aufgaben der Österreichischen Raumordnungskonferenz gehört die Ausarbeitung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes (ÖREK). Dieses ist jeweils für einen Zeithorizont von 10 Jahren ausgelegt. Die Erstellung des ÖREK wurde im Jahr 2009 begonnen. Die inhaltlichen Arbeiten wurden in zahlreichen Sitzungen und Workshops im Jahr 2010 geleistet. Das Motto des neuen ÖREK lautet „Raum für alle“ und soll das abgestimmte raumre-

levante Handeln des Bundes, der Länder, der Städte und Gemeinden sowie der Interessenvertretungen unterstützen und die Kooperation zwischen diesen stärken. Auch der Österreichische Gemeindebund hat sich intensiv inhaltlich eingebracht und konnte unter anderem erreichen, dass die interkommunale Zusammenarbeit ein Schwerpunkt dieses raumordnungspolitischen Strategiepapiers wurde. Als Zieldatum für die Finalisierung wird das Jahr 2011 - also ein „ÖREK 2011“ - angestrebt.

### **Donauraumstrategie**

Der Österreichische Gemeindebund hat sich im vergangenen Jahr auch mit der Verfassung von Beiträgen zur Erarbeitung einer Österreichischen Position zu Donauraumstrategie befasst.

Die Initiative für eine Strategie für den Donauraum ging von der EU-Kommission aus, allerdings spielte auch der Ausschuss der Gemeinden und Regionen eine große Rolle, der die Kommission anspornte, eine solche Strategie in Anlehnung an die in den letzten Jahren entwickelte Ostsee-Strategie zu entwickeln. Hier wie dort erkannte man durch die Osterweiterung der Union, dass in diesen Räumen ein enormes Entwicklungspotenzial vorhanden ist, deren Synergien sich aber durch die jahrzehntelange unterschiedlichen Strukturen erst langsam entfalten.

Der Österreichische Gemeindebund wurde nicht müde, in den nationalen Arbeitsgruppen zur strategischen Ausrichtung immer auf die kommunale Perspektive dieses Projektes hinzuweisen.

Die Donau verbindet nicht nur 10 Anrainerstaaten und vier nationale Hauptstädte, sondern ist auch die Klammer für ein Einzugsgebiet, das sich vom Mittelmeer bis über den Karpatenbogen, vom Schwarzen Meer bis ans Erzgebirge erstreckt. Dieser Raum ist geographisch überwiegend von ländlichen Regionen geprägt. Der Raum umfasst etwa 24.600 Gemeinden mit 115,2 Millionen Einwohnern. Eine Donauraumstrategie sollte den Menschen in diesen Gemeinden die Rahmenbedingungen für ihre Lebens- und Entwicklungsperspektive sowie die Grundlagen für eine gemeinsame Identitätsstiftung ermöglichen.

Die Stellungnahme des Gemeindebundes basierte nicht zuletzt auf dem Zitat des Vertrages von Lissabon, der erstmals dem Bauprinzip der Subsidiarität verpflichtet ist. Darin achtet er nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern nimmt auf deren Strukturen einschließlich der lokalen Selbstverwaltung Rücksicht.

Die weiteren Grundlagen der Stellungnahme waren dessen langjährige Erfahrungen bei der Erhebung von Studien

zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum und bei der erfolgreichen Abwicklung von Europaprojekten. Darauf basiert die Forderung nach einer effizienten und systematischen Förderstruktur aber auch einer Gesamtstrategie zur erfolgreichen Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum.

Der Österreichische Gemeindebund forderte daher die Österreichische Position hinsichtlich der von der Kommission formulierten Handlungsfelder (Säulen) zu adaptieren, indem vor allem im Hinblick auf die Förderung von Wohlstand und Sicherheit die Kooperation der Gemeinden, Städte und Regionen für Innovation und verbesserte europäische „Governance“ eingebunden werden sollten.

### **Soziale Absicherung der Bürgermeister**

Im Zuge der Budgetbegleitgesetze 2011 sollte die vom Gemeindebund lange geforderte und bereits mehrfach von Regierungsseite zugesagte Änderung der Regelung über die Erstattungsbeträge bei der Pensionsversicherung für Bürgermeister beschlossen werden. Wiewohl es sich dabei nur um einen Teilaspekt der Forderung nach einer sozialrechtlichen Absicherung der Gemeindevandatare handelt, scheiterte eine Beschlussfassung letztlich am politischen Willen der Regierungsparteien.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes hat zu diesem Thema im März 2010 eine Resolution verabschiedet, die von weit über 2000 Gemeinden unabhängig von politischer Ausrichtung oder Einwohnerzahl unterzeichnet wurde. Die österreichischen Gemeindevandatare und Bürgermeister, die seit geraumer Zeit immer wieder vertröstet wurden, werden sehr genau darauf achten, ob die aktuelle Zusage der Regierungsparteien, wonach die sozialrechtlich notwendigen Änderungen etwa im Bereich der Arbeitslosenversicherung, der Erstattungsbeiträge oder der Ruhensbestimmungen noch im Laufe des ersten Halbjahres 2011 erfolgen werden, eingehalten wird.

### **Durchführungsbestimmungen zum Katastrophenfondsgesetz**

Das Finanzministerium sendete im Februar 2010 einen Entwurf für die Änderung der Durchführungsbestimmungen zum KatFG 1996 aus. Zentraler Inhalt der Stellungnahme des Österreichischen Gemeindebundes waren die Forderungen, auch weiterhin Anträge anzunehmen, auch wenn bis dahin nur Schätzungen der Schadenssumme vorliegen, sodass die Gemeinden die Schadensbehebung nicht vorfinanzieren müssen, sowie auch weiterhin Vorbeugemaßnahmen, wie etwa die Beseitigung von Verkläunungen, von Hindernissen auf Straßen oder von Schneelasten auf Dächern, durch den Katastro-

phenfonds zu übernehmen sind. Die vom BMF avisierte weitere Begutachtungsrunde ist bisher noch nicht erfolgt.

### **Vermietung und Verpachtung (Rz 265 UStR)**

Nach einer Änderung der Umsatzsteuerrichtlinien, wonach eine Vorsteuerberichtigung bei Miet- und Pachtverhältnissen von Gebietskörperschaften die Folge wäre, falls im Mietpreis keine anteiligen Anschaffungs- und Herstellungskosten des Gebäudes der Gemeinde enthalten sind und auch zur Steuerpflicht optiert wurde, konnte beim BMF erreicht werden, dass die Gemeinden noch bis 31.3.2011 die Möglichkeit haben, durch einen zum 1.1.2011 rückwirkenden Gemeinderatsbeschluss ihre Verträge entsprechend anzupassen. Der Österreichische Gemeindebund hat via Aussendung und Kommunal darüber informiert.

### **II/d Europaangelegenheiten**

Auf europäischer Ebene lagen die Schwerpunkte des Gemeindebundes im Berichtszeitraum in den Bereichen Energiepolitik, Umweltpolitik, Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und Reform der Regionalpolitik sowie öffentliches Auftragswesen. In allen genannten Bereichen gab es Überschneidungen mit der Arbeit im Ausschuss der Regionen und es fand eine rege Zusammenar-

beit mit dem europäischen Dachverband RGRE statt.

### **Energie- und Umweltpolitik**

Der Gemeindebund beteiligte sich im Rahmen des RGRE an der Konsultation der EU-Kommission zur Energiestrategie bis 2020 wo insbesondere auf die besondere Bedeutung lokaler Energielösungen verwiesen wurde. Der EU-Bürgermeisterkonvent ging ins zweite Jahr, an der Konferenz im Mai 2010 nahmen für Wolfurt Bürgermeister Christian Natter und Gemeinderat Erwin Mohr teil.

Im Rahmen der Open Days im Oktober 2010 präsentierte eine Delegation der Gemeinde Munderfing ihre Erfahrungen mit dem EU-Bürgermeisterkonvent.

Es erfolgte eine regelmäßige Teilnahme an den in Brüssel stattfindenden Sitzungen des RGRE-Energieausschusses und Berichterstattung an das Generalsekretariat und die Mitgliedsverbände.

An den in Brüssel stattfindenden Sitzungen des RGRE-Umweltausschusses, wurde regelmässig teilgenommen und darüber an die Mitgliedsverbände berichtet.

### **Zukunft der GAP/Regionalpolitik**

Da im Herbst 2010 erste Weichen für die Ausrichtung des EU-Budgets nach

2013 gestellt wurden, begannen bereits im Berichtszeitraum Konsultationen auf informeller Ebene sowie das Knüpfen von Netzwerken. Die RGRE-Arbeitsgruppe für die ländliche Entwicklung verabschiedete mehrere Positionspapiere, in denen man für eine ausreichende Dotierung der Politik des ländlichen Raums und eine Abkoppelung derselben von der Agrarpolitik eintritt. Der Gemeindebund unterstützte auch die von Niederösterreich ausgehende Initiative zur Weiterführung der Ziel-2-Regionalförderung (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung) nach 2013. Diese Förderschiene wurde in Österreich erfolgreich genutzt und ist der Beweis dafür, dass auch in relativ reichen Regionen mithilfe europäischer Anstoßfinanzierung nachhaltige Projekte zustande kommen.

### **Öffentliches Auftragswesen**

Der RGRE-Vergaberechtsausschuss befasste sich mit den Schwerpunktthemen Konzessionen und öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit. Im Berichtszeitraum wurde vom EU-Parlament der für die Gemeinden positiv zu bewertende Initiativbericht über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen verabschiedet, die EU-Kommission führte Konsultationen zu Konzessionen und den Beihilferegeln für Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch und der ehemalige Wettbewerbskommissar Mario

Monti stellte seinen Bericht für eine neue Binnenmarktstrategie vor. Die Ende des Jahres veröffentlichte Binnenmarktakte wird auch in den nächsten Jahren die Arbeit des Gemeindebundes beeinflussen.

### **Kontaktpflege**

Erfolgreiche Arbeit erfordert auch intensive Kontaktpflege, vor allem mit den österreichischen EU-Abgeordneten. Sicher ist es auch dieser Kontaktpflege zu verdanken, dass einige österreichische EU-Abgeordnete Fragen des Gemeindebundes bei den Hearings der designierten Kommissare, welche im Jänner 2010 im EU-Parlament stattfanden, berücksichtigten. Dadurch wurde den Kommissaren noch vor Amtsantritt die kommunale Dimension ihrer Dossiers in Erinnerung gerufen.

### **Ausschuss der Regionen**

Im Februar 2010 kam es zu einigen Änderungen im Ausschuss der Regionen. Aufgaben und Organisation der Fachkommissionen wurden neu strukturiert, die bisher vom Gemeindebund federführend betreute und beschickte Fachkommission für nachhaltige Entwicklung (DEVE) wurde in zwei Kommissionen aufgespalten. Der Gemeindebund ist nun für die Berichterstattung über die Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE) zuständig, Mitglied des Gemeindebundes in

dieser Kommission ist GR Erwin Mohr. In der ebenfalls aus der FK DEVE hervorgegangenen Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT) war der Gemeindebund bis März 2010 durch VBgm. Marianne Fügl vertreten. Bgm. Johannes Peinsteiner ist Mitglied der Fachkommission für Kohäsionspolitik und Verkehr (COTER).

Mit Jahresende wurde g.f. GR Hannes Weninger als Nachfolger von Marianne Fügl nominiert. Aufgrund der Vereinbarung mit dem Städtebund, ist g.f. GR Weninger vorerst Stellvertreter, Erwin Mohr übergab den Sitz im AdR-Präsidium an Bgm. Heinz Schaden und fungiert die nächsten 2 ½ Jahre als Vertreter ad personam.

### **Vertrag von Lissabon, Begleitnovelle und Auswirkungen auf den AdR**

Nicht über das ordentliche Begutachtungsverfahren wurde dem Österreichischen Gemeindebund im Februar 2010 ein Entwurf einer Anpassung des B-VG im Sinne des Vertrages von Lissabon übermittelt. Der Entwurf firmierte zunächst als Vorschlag der Klubs der Regierungsparteien und dann als eigenständiger Antrag des Bundesrates.

Kernpunkt der Kritik von kommunaler Seite war die Neuordnung der Besetzung des Ausschusses der Regionen. Dabei wurden die Kommunen ohne Not schlechter gestellt als die Länder. Der Ös-

terreichische Gemeindebund hat daher gemeinsam mit dem Städtebund eine scharfe Stellungnahme verfasst und gegenüber den beanstandeten Passagen massive Einwände vorgebracht. Trotz massiver Einflussnahme bei den Klubs der Regierungsparteien konnte in dieser Sache kein Einlenken mehr erzielt werden. Der kluge Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände, die künftige Besetzung des AdR einfachgesetzlich nach Einigung der Länder mit den kommunalen Spitzenverbänden zu regeln, wurde zwar auch von einzelnen Ländervertretern als gangbare Lösung gesehen, aber nicht mehr zur Umsetzung gebracht. Der Gemeindebund drängt weiterhin auf eine möglichst rasche Korrektur des Bundesverfassungsgesetzes, obwohl größerer Schaden zum Nachteil der österreichischen Kommunen in dieser Angelegenheit schließlich durch das besondere Engagement von VPräs. GR Erwin Mohr auf europäischer Ebene verhindert werden konnte.

Mohr war im Berichtszeitraum österreichischer Vertreter in der ad-hoc Kommission über die zukünftige Zusammensetzung des AdR. Diese Gruppe sollte einen Vorschlag zur Mandatsverteilung gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Lissabon erarbeiten. Der Vertrag von Lissabon sieht eine Obergrenze von 350 AdR-Mitgliedern vor, welche bei den nächsten EU-Erweiterungen überschritten würde. Derzeit hat der Ausschuss der Regionen 344 Mitglieder. Die Resolution zur zukünftigen

Zusammensetzung des AdR wurde Anfang Oktober verabschiedet und stellt eine unverbindliche Empfehlung für Rat und Kommission dar. Die Position der kleinen und mittleren Staaten wird in dieser Empfehlung gewahrt, insbesondere wird ein Vergleich mit dem Sitzverteilungsschlüssel des EU-Parlaments klar abgelehnt.

### **RGRE**

Abgesehen vom ständigen Kontakt zwischen dem Brüsseler Büro des Gemeindebundes und dem RGRE war der Gemeindebund bei folgenden politischen Terminen vertreten:

Hauptausschusssitzung in Oslo, Juni 2010: Vorbereitung der im Dezember stattfindenden Wahlen des Präsidiums und Exekutivbüros. Teilnahme: Bgm. Arnold Marbek.

Hauptausschusssitzung in Luxemburg, Dezember 2010: Wahlen des Präsidiums, Bgm. Schuster aus Stuttgart löst Bgm. Häupl als RGRE-Präsident ab, GR Erwin Mohr wird Mitglied im Exekutiv Ausschuss. Teilnahme: Bgm. Arnold Marbek, GR Erwin Mohr.

### **KGRE**

Auch im KGRE wurde Anfang 2010 ein neuer Generalsekretär bestellt. Während der 18. Plenarsitzung von 17.-18. März wurde Dr. Andreas Kiefer, bis dahin Leiter

der Europaabteilung des Landes Salzburg, mit großer Mehrheit zum Nachfolger von GS Ulrich Bohner gewählt. Die österreichische Delegation war nahezu vollständig anwesend, der Gemeindebund war durch Bgm. Johannes Peinsteiner vertreten.

Von 27.-29. Oktober 2010 fand die Herbstsession des KGRE statt, in welcher der Kongress neu zusammengesetzt und die Führungspersonlichkeiten gewählt wurden. An dieser wichtigen Sitzung nahmen seitens des Gemeindebundes GR Erwin Mohr und NR Hannes Weninger teil, der Vorsitzende der österreichischen Delegation, LT-Präs Dr. Herwig van Staa wurde zum Vorsitzenden der regionalen Kammer gewählt, Kongresspräsident wurde der britische Liberale Keith Whitmore.

### **EU-Kommission**

Bgm. Ludwig Muxel aus Lech/Arberg setzte seine Tätigkeit in der beratenden Gruppe für nachhaltigen Tourismus fort. Im Berichtszeitraum wurden die Arbeiten an einer Indikatorenliste für nachhaltige Tourismusdestinationen abgeschlossen sowie eine neue Kommissionsmitteilung zum Tourismus veröffentlicht.

### **DStGB**

Aktivitäten mit dem DStGB bezogen sich u.a. auf die Bereiche öffentliches Auftragswesen und Dienstleistungen von

allgemeinem Interesse, wo gemeinsame Positionspapiere verabschiedet wurden.

### **Fach- und Bildungsreisen**

Im Berichtszeitraum fanden zwei Fach- und Bildungsreisen statt. Von 6.-8. Mai 2010 nach Madrid und von 14.-16. Oktober nach Brüssel. Der Gemeindebund nutzte in Madrid die Gelegenheit, die Kontakte zum Partnerverband FEMP zu vertiefen. In Brüssel standen dann u.a. Gespräche mit dem flämischen Innenministerium und der Besuch einer Brüsseler Umlandgemeinde auf dem Programm (siehe Kap. I).

### **Auskunftstätigkeit des Büros Brüssel**

Beantwortung von Anfragen internationaler Organisationen, wie beispielsweise einer des englischen Kommunalverbandes betreffend Gemeindekooperationen und Freiwilligenarbeit (August 2010);

Hilfestellung für den lettischen Gemeindebund bei der Organisation kommunalpolitischer Termine in Österreich (März 2010);

Weiterleiten diverser Partnerschaftsanfragen aus anderen EU-Ländern;

Hilfe und Auskunft für österreichische Gemeinden bezüglich des EU-Gemeindepartnerschaftsprogramms (Schönberg im Stubaital, Lasse, Kirchheim); als

Erfolg ist zu vermelden, dass der Gemeinde Schönberg durch Unterstützung des Brüsselbüros bei der Antragstellung eine Förderung von über 20.000 € bewilligt wurde.

Recherche und Auskunft zur Verwendung von Mitteln aus dem Recovery Fonds für Projekte im Energiebereich (Munderfing);

Auskünfte zum Umsetzungsstand diverser Richtlinien.

### **Besuchergruppen des Büros Brüssel**

ÖVP NÖ, Gruppe Kellreiter; Hilfswerk NÖ; Bürgermeisterreise des Gemeindebundes; Politikwissenschaftsstudenten der Uni Wien (Gruppe Karas); EU-Gemeinderäte, Pilotgruppe des BMEIA.

### **Bürgermeister des Jahres**

Der AdR lancierte im Berichtszeitraum die Initiative „Österreichs EU-Bürgermeister des Jahres 2011“. Gemeindebund und Städtebund unterstützten diese Initiative und beteiligten sich sowohl an der Vorbereitung als auch an der Organisation des Brüsselbesuchs der Gewinner. Die beiden Preisträger, Bgm. Vargyas aus Mörbisch und sein erster Vizebürgermeister,



Bgm. Kasseroller aus Nenzing, machen von den Möglichkeiten, die dieser Titel eröffnet, regen Gebrauch, wie zahlreiche Medienberichte über ihre Aktivitäten und Auftritte bestätigen.

### **„Europa fängt in der Gemeinde an“, Plattform für EU-Gemeinderäte**

Unter dem Motto „Europa fängt in der Gemeinde an“ wurde über Initiative von Außenminister Spindelegger im Februar 2010 unter reger Beteiligung aktiver Mandatarinnen und Mandatäre sowie des Österreichischen Gemeindebundes und seines EU-Ausschusses die Plattform für EU-Gemeinderäte aus der Taufe gehoben. Neben einem exklusiven Informationsangebot des Außenministeriums für die teilnehmenden Mandatäre wurde im Rahmen der Sitzung des Netzwerks Bildung auch den kommunalen Verwaltungsschulen angeboten, in ihrem Bildungsangebot für EU-Gemeindemandatäre auf einen Pool von Europa-Experten zugreifen zu können. Auch hier soll den Verantwortungsträgern in den Gemeinden über konkrete Information und Hilfestellungen gezeigt werden, wie bedeutend die Entscheidungen auf EU-Ebene für die Kommunen sind.

### **II/e Presse und Öffentlichkeitsarbeit**

Der Österreichische Gemeindebund ist ein wichtiges Sprachrohr der Kommunen in der Öffentlichkeit.

Der öffentliche Druck hilft mit, die Interessen der heimischen Gemeinden auch gegenüber der Bundespolitik zu vertreten und durchzusetzen.

Das Jahr 2010 war in dieser Hinsicht für die Gemeinden und seine Interessensvertretung voller großer Herausforderungen. Die finanziell schwierige Lage hat zu stark erhöhter Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit geführt, insbesondere die Gemeindefinanzen waren häufig Thema der Schlagzeilen in den großen Medien des Landes.

Dem entsprechend hoch war auch die mediale Präsenz des Gemeindebundes, vor allem seines Präsidenten Bgm. Helmut Mödlhammer. Zahlreiche Auftritte in „Zeit im Bild“-Sendungen, Informationsmagazinen in Fernsehen und Radio waren zu absolvieren. Ebenso stand Mödlhammer fast täglich für Auskünfte in allen Online- und Printmedien des Landes zur Verfügung.

Grundsätzlich informiert der Gemeindebund regelmäßig und aktuell mittels Aussendungen, Pressegesprächen und –konferenzen sowie den Organen des Österreichischen Gemeindebundes, der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at), der Fachzeitschrift „Kommunal“ und auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at), der Web- und E-Government-Plattform der österreichischen Gemeinden. Der Betrieb von zwei eigenen Teletext-Seiten auf ProSieben

Austria (Seite 752 und 753) ist ergänzender Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus organisiert der Gemeindebund auch selbst zahlreiche Veranstaltungen zur Imagebildung oder beteiligt sich daran. Gemeinsame Kampagnen mit Partnern (Bundesministerien, Fonds Gesundes Österreich, Kuratorium für Verkehrssicherheit, ÖWAV, Klimabündnis etc.) tragen zu dieser positiven Imagebildung bei. Um sich bei einigen wenigen Wettbewerben umso intensiver einbringen zu können, hat der Gemeindebund seine Rolle als Partner an Wettbewerben in den letzten beiden Jahren stark eingeschränkt. Die Vielzahl an Wettbewerben für Gemeinden auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene ist inzwischen inflationär und führt oft zu geringer Beteiligung der Gemeinden.

### **Pressekonferenzen und Pressemitteilungen**

Die Pressearbeit des Österreichischen Gemeindebundes ist von großer Vielfalt. Den wichtigsten Teil dieser Arbeit stellen die Kontakte zu Journalisten und regelmäßige Presseaussendungen und -konferenzen dar. Über die Austria Presse Agentur (APA) haben tausende Journalisten, Institutionen und Pressestellen Zugang zu Informationen des Gemeindebundes, fast 900 Journalisten in ganz Österreich werden darüber hinaus regelmä-

ßig per E-Mail und Newsletter über die Aktivitäten und Positionen des Gemeindebundes informiert. Dieser Aufwand schlägt sich in den Medien deutlich sichtbar nieder. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes war im Jahr 2010 erneut medial deutlich präsenter als im Jahr davor. Nahezu täglich nimmt er in Print- und digitalen Medien Stellung zu gemeinderlevanten Themen. Dabei steht der Gemeindebund nicht nur unter starker Beobachtung der politischen Eliten des Landes, sondern zunehmend auch unter dem Druck einer breiten Öffentlichkeit. Mit der zunehmenden Häufigkeit öffentlicher Auftritte und Äußerungen wächst auch die Bedeutung des Gemeindebundes auf den politischen Handlungsfeldern. Gerade im Jahr 2010 gab es viele Themen, die der Öffentlichkeit ausgesprochen schwierig zu kommunizieren waren.



Auffällig dabei ist, dass nicht nur die aktive Pressearbeit – also auf Initiative des Gemeindebundes – stark zunimmt, noch stärker sind die Zuwächse bei direkten Anfragen der Medien an den Ge-

meindebund. Erfreulicherweise ist es zum Usus geworden, in gemeinderlevanten Fragen den Gemeindebund zu kontaktieren, bevor ohne tiefere Recherche berichtet wird.

Alle Pressemeldungen und –unterlagen des Gemeindebundes stehen jeweils am gleichen Tag auf der Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zur Verfügung. Zusätzlich stellt der Gemeindebund auf seiner Homepage Audio-O-Töne zur Verfügung, die vor allem von regionalen Radiostationen sehr intensiv genutzt werden.

Zweifellos ist der jährlich stattfindende Österreichische Gemeindetag, der 2010 in der steirischen Landeshauptstadt Graz abgehalten wurde, auch für die Öffentlichkeitsarbeit des Gemeindebundes eine besondere Herausforderung, die in bester Zusammenarbeit mit dem Steiermärkischen Gemeindebund bewältigt wurde.

### **Wettbewerbe**

#### Preis der Kommunen - Wissenschaftspreis

Zum insgesamt achten Mal wurde 2010 der „Preis der Kommunen“ in Partnerschaft mit dem Städtebund vergeben. Seit 2010 wird die Ausschreibung und Organisation weitgehend von der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft (KWG) übernommen, deren Gründung vom Ge-

meindebund initiiert worden war. Die Überreichung der Preise in verschiedenen Kategorien erfolgte im Rahmen des wissenschaftlichen Symposiums zur Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen im Innenministerium im November 2010.

Der Wettbewerb richtet sich an Nachwuchswissenschaftler sämtlicher Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen. Eingereicht werden können alle Diplom- oder Dissertationsarbeiten, die von kommunaler Relevanz sind. In Summe ist dieser Preis mit 7.000 Euro dotiert. Dabei wurden sechs junge Wissenschaftler für ihre Arbeiten ausgezeichnet.

Die Dissertation von **DI Dr. Karl Michael HÖFERL**, die mit einem Geldpreis von 1.500 Euro ausgezeichnet wurde, steht unter dem Thema „Von der Gefahrenabwehr zur Risikokultur - Diskurse zum raumplanerischen Umgang mit Hochwasser in (Nieder-)Österreich“. In seiner Arbeit untersucht Höferl die Fortschritte und Veränderungen in der Raumplanung zwischen 1990 und 2009 im Zusammenhang mit Hochwasser-Ereignissen. Ebenfalls eine Dissertation hatte **DDr. Hermann PEYERL, LL.M.** eingereicht. Sie steht unter dem Titel „Die Katastrophe im Steuerrecht“, womit natürlich nicht das Steuerrecht selbst gemeint ist, sondern der Umgang mit Katastrophenereignissen in steuerrechtlicher Hinsicht. **Mag. Marlene**

**BURTSCHER** wiederum hat ihre Diplomarbeit zum Wettbewerb eingereicht. Diese Arbeit ist eine direkte Folge des Gemeindebund-Symposiums 2009 und trägt den Titel „Die Rolle der Gemeinde im Schul- und Kindergartenwesen unter besonderer Berücksichtigung des verpflichtenden Gratiskindergartenjahres“.

**Mag. (FH) Gertrude FELSBERGER**, Absolventin der Fachhochschule Kärnten, befasste sich in ihrer Diplomarbeit mit der Reform des Bundeshausrechts 2009 und den daraus resultierenden Reformansätzen für das Gemeindehaushaltsrecht. „Verwaltungsstruktur und Stadtplanung. Behörden der planenden Verwaltung als Organisationen und Planungstheorie als Quelle von Institutionen im Sinne der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie“. Das ist der - zugegeben - etwas sperrige Titel der Diplomarbeit von **DI Felix STERNATH**, die sich mit der Darstellung der Vorzüge der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie im Hinblick auf die Planungstheorie, die Planungspraxis und die Planungsbildung beschäftigt. Last but not least wurde die Diplomarbeit von **Mag. (FH) Tamara WINKLER** ausgezeichnet, die sich dem Thema „Die Einführung der dualen Zustellung im Rahmen der Leitinitiative E-Government-Referenzstädte“ widmet. In dieser Arbeit wird das Einsparungspotential bewertet, das kommunale Verwaltungen aus der Einführung der dualen Zustellung gewinnen können.

### „Verkehrssicherheitspreis 2010“

Das Thema der Verkehrssicherheit ist dem Österreichischen Gemeindebund ein wichtiges Anliegen. Dies belegen zahlreiche Aktionen und Kampagnen, die der Gemeindebund selbst oder in Kooperation mit Partnern durchgeführt hat.



Zwei Drittel aller Straßen Österreichs sind Gemeindestraßen. Die Hälfte bzw. mit Wien zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, die Anzahl der getöteten Kinder ist um 50 Prozent gestiegen. Mit der Vergabe des „Verkehrssicherheitspreis 2010 - Aquila“, eine Kooperation des Gemeindebundes mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), wurden besonders engagierte Projekte von Gemeinden vor den Vorhang geholt und ausgezeichnet. Rund 20 Gemeinden haben 2010 ihre Projekte eingereicht, ausgezeichnet wurde ein Projekt der Vorarlberger Marktgemeinde Lustenau mit der Bezeichnung „Kinder mobil – anders unterwegs“, über das Kinder und Eltern motiviert werden sollen, kürzere

Wege vorwiegend zu Fuß zurückzulegen. Der „Verkehrssicherheitspreis 2011“ wird in den kommenden Wochen erneut ausgeschrieben und soll im Juni 2011 in Wien verliehen werden.

### „Klimaschutzgemeinde Österreichs 2010“

Dieser Wettbewerb ist relativ neu im Portfolio des Gemeindebundes und wurde 2008 zum ersten Mal vergeben. In Partnerschaft mit dem Lebensministerium, dem Verbund-Konzern und der Kronenzeitung hat der Gemeindebund damit auf die zunehmende Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in den Gemeinden reagiert. Rund 100 Gemeinden haben ihre Projekte eingereicht.



In einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus wurden im Oktober 2010 in drei Kategorien ausgezeichnet. Die Kategorien unterteilen sich in drei Größenklassen von Gemeinden. In der Kategorie der kleinen Gemeinden trug das steirische Auersbach den Sieg davon, bei den mittelgroßen Gemeinden gewann

die Gemeinde Murau, bei den großen Gemeinden und Gemeindeverbänden waren die Thalgauer (Sbg) mit ihrem Klimaschutzprogramm erfolgreich. Die Freude war bei den Siegern riesig, auch die zweit- und drittplatzierten Gemeindevertreter strahlten, denn jede Gemeinde unter den Top-Drei ihrer Kategorie, erhielt neben dem Preisgeld auch ein nagelneues Elektrofahrzeug überreicht.

### **Publikationen**

Den Weg, mit Publikationen in Form von Broschüren und Büchern Österreichs Kommunen und die Öffentlichkeit zu informieren, geht der Österreichische Gemeindebund konsequent und erfolgreich weiter.

### KOMMUNAL – offizielles Fachmagazin

KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und größtes Fachmagazin für Österreichs Gemeinden, liefert seit vielen Jahren Monat für Monat unverzichtbare kommunale Fachinformationen aus erster Hand. Die 35.000 wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger lesen KOMMUNAL nicht nur, sondern brauchen die Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das KOMMUNAL ist als Sprachrohr und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes ausschließlich den Interessen der Gemeinden

verbunden, und zwar unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. KOMMUNAL versteht sich als Wegweiser durch den Dschungel der Gesetze und Vorschriften und als seriöser und ehrlicher Partner der Wirtschaft. Immerhin geben Österreichs Gemeinden laut Gemeindefinanzbericht Jahr für Jahr mehr als 15 Milliarden Euro aus und sind damit die größten öffentlichen Investoren des Landes. KOMMUNAL ist dort, wo kommunale Entscheidungsträger sind, bei Bedarf auch mit Sonderausgaben. Selbstverständlich ist KOMMUNAL auch im Internet auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) vertreten, dort können die wichtigsten Artikel jeder Ausgabe nachgelesen werden.



RFG, Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden – Fachzeitschrift in Kooperation mit MANZ

Kooperationen bei Publikationen werden vertieft

Als Ergänzung zum bewährten offiziellen Organ „KOMMUNAL“ hat der Gemeindebund in den letzten Jahren eine höchst erfolgreiche wissenschaftliche Publikationsschiene aufgebaut. Die im Traditionsverlag MANZ erscheinende Fachzeitschrift RFG (Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden) bündelt mit der Schriftenreihe, Büchern sowie Kongressen und Symposien alle relevanten Fachinformationen für Gemeinden. Fachexperten bieten zusammen mit Autoren aus der Gemeindepraxis seit 2003 verständliche Informationen, die in der täglichen Arbeit umgesetzt werden können.

Mehr als die Hälfte aller Gemeinden nützt bereits dieses erfolgreiche Serviceangebot, um sich mit rechtssicherer Information zu versorgen. Neben Gemeinden zählen auch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte zu den Abonnenten. Die RFG-Publikationen sind der Fachwelt mittlerweile auch ein Begriff, in vielen Bereichen wurden Themen durch RFG-Schriftenreihen erstmals ausgiebig behandelt. Seit Februar 2004 sind auch alle Beiträge der RFG in der Rechtsdatenbank (RDB) enthalten und abrufbar, die RDB kann auch über

[kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) zu besonders günstigen Konditionen eingesehen werden.

Schriftenreihe RFG – Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden

Eine wichtige Säule im RFG-Informationspaket, dem „Paket“ speziell für die Gemeinden, das Wissenschaft und Praxis gleichermaßen vereint, bleibt weiterhin die bekannte Schriftenreihe, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ erscheint. Im Jahr 2010 sind insgesamt fünf Bände erschienen, die sich durch leichte Lesbarkeit, besondere Aktualität und sofortige Umsetzbarkeit der gebotenen Information auszeichnen. Die Themenbereiche sind breit gestreut und entsprechen den Bedürfnissen der Gemeindepraxis.

*Die einzelnen Bände der „Schriftenreihe Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden“ des Jahres 2010 in Kürze:*

- Band 1/2010: Bacher/Heiss/Klausbrückner/Stabentheiner/Schweyer, **Energieausweis für Gemeinden: Rechtsfolgen - Umsetzung - Bewertung - Umsatzsteuer - Förderung**



- Band 2/2010: Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (Hrsg)/Weber/Kahl/Trixner/Bröthaler, **Verpflichtendes Vorschul- oder Kindergartenjahr: Rahmenbedingungen und Auswirkungen**
- Band 3/2010: Post-Geschäftsstellenbeirat (Hrsg), **Von der Postliberalisierung zur Post-Geschäftsstelle**
- Band 4/2010: Hink/Rupp/Parycek/Pirker, **E-Government in Gemeinden Vom E-Formular zum E-Bescheid**
- Band 5/2010: Hofbauer/Kamhuber/Kammer/Mühlberger/Ninaus/Pilz/Ratgeber Ritz/Veigl, **Leitfaden zum Kommunalsteuerrecht**

Alle Ausgaben der RFG-Schriftenreihe des Jahres 2010 (und alle Ausgaben seit 2001) stehen auch in digitaler Form auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) zum Download zur Verfügung.

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

Die ständig steigenden Zugriffe auf die Seite [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at) beweisen einerseits, dass das Interesse an kommunalen Themen steigend ist und andererseits auch, dass die Homepage auf modernstem Stand ist und sich leicht und übersichtlich bedienen lässt. Die Möglichkeit Artikel zu bewerten, erfreut sich dauerhaft großer Beliebtheit und ist für den Gemeindebund ein wichtiger Indikator, 110.000 Menschen haben dieses In-



strument 2010 in Anspruch genommen. Das Angebot, Neuigkeiten auch per RSS-Feed zu abonnieren wird hervorragend angenommen. Interessierte Nutzer können sich online für einen Newsletter eintragen, der rund zwei Mal monatlich über die wichtigsten kommunalen Themen informiert. Inzwischen haben mehr als 5.000 Personen dieses Service abonniert. Durch den technischen Ausbau der digitalen Infrastruktur verfügt der Gemeindebund auch über die Möglichkeiten Online-Umfragen über seine Homepage durchzuführen.

### ***www.kommunalnet.at***

Das Arbeits- und Informationsportal der österreichischen Gemeinden [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) konnte den im Jahr 2009 erfolgreich eingeschlagenen Kurs weiter fortsetzen. Stand das Jahr 2009 noch im Zeichen der Konsolidierung, konnte kommunalnet im Jahr 2010 in allen Bereichen stark wachsen und befindet sich nun auf einem positiven und nachhaltig wirtschaftlichen Kurs. So konnte die Zahl der Ge-

meinden die kommunalnet täglich nutzen auf 2.073 (88%) von insgesamt 2.356 Gemeinden gesteigert werden. Die Anzahl der User ist ebenfalls um 1.287 auf 9.867 gewachsen. Diese Zahlen sind das Resultat aus dem ständig wachsenden Informations- und Serviceangebot und der kontinuierlichen Ausweitung der behördlichen und privatwirtschaftlichen Anwendungen. Die Zufriedenheit der User erkennt man auch in der erfreulichen Steigerung der Zugriffe auf kommunalnet. Im Jahresvergleich konnten die Zugriffe um 25% gesteigert werden und liegen nun bei 8,2 Mio. Zugriffen pro Jahr oder durchschnittlich 751.000 Zugriffen im Monat. Diese erfreuliche Entwicklung stärkt kommunalnet in seiner Position als das mit Abstand erfolgreichste und größte kommunale Portal Österreichs.

kommunalnet.at wächst nicht nur laufend, es entwickelt sich auch permanent. Daher wird das Portal im nächsten Jahr auch um einige Funktionalitäten des Web2.0 erweitert und auch visuell adaptiert. Neben Aktualität und noch mehr Anwenderfreund-



lichkeit wird im Jahr 2011 eine neue Plattform auf [kommunalnet.at](http://kommunalnet.at) bereitgestellt auf der sich alle Gemeindebediensteten – natürlich auch politische Mandatäre – über die vielfältigen kommunalen und regionalen Themen austauschen können. Ziel ist dabei eine aktive Community zu entwickeln, die Know- und vor allem auch Do-How austauscht und sich über die Gemeinde-, Bezirks- und Landesgrenzen hinaus vernetzt.

### ***www.gemeindetag.at***

Über die Internet-Seite [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at) wurde auch 2010 die gesamte Anmeldung für den 57. Österreichischen Gemeindetag abgewickelt. Anmeldung und Hotelreservierung waren ausschließlich über diese Seite möglich. Diese Adresse wird jedes Jahr an den durchführenden Landesverband weitergegeben, auch das Anmeldeprogramm kann jedes Jahr vom jeweiligen Veranstalter genutzt werden, weil der Gemeindebund dafür die dauerhafte Lizenz erworben hat.



### ***Der Gemeindebund und seine Gemeinden im Teletext***

Seit Herbst 2005 ist der Österreichische Gemeindebund auch in einem neuen Medium vertreten, dem Teletext von ProSieben Austria. Dem Gemeindebund stehen dort zwei Teletextseiten zur Verfügung, es handelt sich um die Seiten 752 und 753, die er selbst mit Inhalten befüllen kann. Dies geschieht im Durchschnitt im Wochenrhythmus, d.h. jede Woche gibt es zwei neue Meldungen, die für alle Bürgerinnen und Bürger österreichischer Gemeinden relevant sind.

Darüber hinaus können bis zu 300 österreichische Gemeinden auch eine Teletext-Seite bei ProSieben in Anspruch nehmen. Ab der Seite 750 sind alle weiteren Seiten für die heimischen Gemeinden reserviert. Jede einzelne Seite hat bis zu fünf Unterseiten (Rollseiten), die von den Gemeinden direkt mit Inhalten (Berichte, Veranstaltungshinweise, etc.) befüllt werden können. Bisher haben rund 80 Gemeinden eine entsprechende Vereinbarung mit ProSieben Austria unterzeichnet und ihre Seiten in Betrieb genommen. Der Betrieb dieser Seiten ist für die Gemeinden kostenlos, die Resonanz ist überwältigend hoch. Das Projekt „Telegemeindetext“ wurde von ProSieben auch in Fernsehspots und der Fachzeitschrift „Kommunal“ beworben.

## II/f Projekte

### Audit familienfreundliche Gemeinde

Der Österreichische Gemeindebund und die Familie & Beruf Management GmbH konnten in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und den Landesfamilienreferaten 2010 einen Zuwachs von 70 neuen Auditgemeinden erzielen.

Wie die Entwicklung 2010 zeigt, bietet der Österreichische Gemeindebund in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH mit dem Audit familienfreundliche Gemeinde den österreichischen Gemeinden ein stark nachgefragtes Modell für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung einer Generationen verbindenden Familienorientierung an. Insbesondere im Zusammenhang mit der angespannten Finanzsituation in den Gemeinden wird dieses Instrument verstärkt als langfristige Strategie zur Erhaltung des Lebensraums Gemeinde und

darüber hinaus zur Schaffung von Lebensqualität und eines attraktiven Wirtschaftsstandortes eingesetzt.

2010 wurden die Vorgaben des Fördervertrages im Hinblick auf Prozessbegleitung und Zertifizierung weit überschritten. Die Prozessbegleitung wurde von 41 Gemeinden (statt der geforderten 20) und die Begutachtungskosten von 57 Gemeinden (statt 30) in Anspruch genommen. Der Trend, dass immer mehr Gemeinden einen Prozessbegleiter in Anspruch nehmen, hält an, wie die Verdoppelung der Gemeinden deutlich zeigt.

Von 2006 bis Juli 2009 waren 85 Gemeinden im Prozess, mit 31.12.2010 sind es bereits 167.

In der Zeitspanne Jänner bis Dezember 2010 wurden sechs Auditseminare organisiert und durchgeführt: Im Jänner in Linz (mit 55 Teilnehmern), im April in Hallwang mit 25 Personen, im Mai in St Pölten mit über 70 Personen, in Graz

im Juni mit über 30 Personen, in Bregenz und Innsbruck im September mit jeweils 30 und 35 Personen. Im Februar fand ein Workshop für 10 Leitbildgemeinden in Linz statt.

Im April 2010 fand ein Erfahrungsaustausch der Auditgemeinden in Hallwang mit über 30 Personen und im Juni ein Netzwerktreffen der Gutachter und Prozessbegleiter mit 25 Personen in Graz statt.

Die Organisation, Durchführung inklusive Abstimmung mit allen Beteiligten (46 Gemeinden, Fördergeber, Angebote für Lokation, Musik, Moderation, Caterer, Photograph, etc.) und die Öffentlichkeitsarbeit wurden 2010 erstmals zur Gänze vom GBD erbracht. Über 300 Gäste kamen zur Zertifikatsveranstaltung am 29.9.2010 in das Palais Niederösterreich in der Herrengasse in Wien.

Betrachtet man die „schwungvolle“ Auditentwicklung 2010 auf Kommunalebene und geht man von einer Fortführung der aktuellen Entwicklung aus, ist auch 2011 mit einem Zugang im Umfang des Jahres 2010, d.h. 60-70 Gemeinden zu rechnen. Die letzten 1 ½ Jahre haben mit dem Engagement des Österreichischen Gemeindebundes gezeigt, welches familienpolitische Potenzial mit Hilfe der Interessensvertretung in den Gemeinden aktiviert werden kann.

### Kommunale Beleuchtung

Rund ein Drittel der gesamten kommunalen Beleuchtung in Österreich stammt aus den 1960er Jahren. Dies betrifft die Straßenbeleuchtung ebenso wie die Beleuchtung von Schulen, Kindergärten, Amtshäusern und vieles mehr. Daher gibt es auch in kaum einem anderen Bereich so bedeutende Einsparungspotenziale wie im Bereich „Beleuchtung“ auf kommunaler Ebene, sowohl in der Innen- wie auch in der Außenbeleuchtung.

Diese Zahlen waren für den Österreichischen Gemeindebund Anlass genug, unter der Patronanz des Wirtschaftsministeriums und in Kooperation mit dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL) und der Kommunalkredit eine 6-teilige Veranstaltungsserie mit dem Titel „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ zu organisieren.

Allen interessierten Bürgermeistern und Gemeindebediensteten wurde die Möglichkeit geboten, sich kostenlos über neue Technologien in der Innen- und Außenbeleuchtung sowie über Einsparpotenziale, Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten zu informieren. Abgerundet wurde das Angebot durch eine Ausstellung, in der sich interessierte Teilnehmer direkt an Experten aus den Bereichen der Finanzierung, der Förde-



zung und der Technologieanbieter wenden konnten.

Der mehrfache Nutzen, die Synergie, ergibt sich für Gemeinden dadurch, dass sie mithilfe ausgeklügelter Finanzierungsmodelle Kosten schonend ihre Beleuchtungssysteme auf moderne, energieeffiziente Beleuchtungslösungen umstellen können, dabei mit besserem Licht ausgestattet werden und noch dazu Energiekosten sparen können. Nicht zuletzt leistet die Gemeinde dadurch einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zur Ressourcenschonung. Zahlreiche Beispiele, die auch in den Veranstaltungen präsentiert wurden, bestätigen diese Win-Win-Situation.

Aufgrund des großen Erfolges dieser Informationstour wird dieses Projekt im Jahr 2011 fortgesetzt werden.

### **Post-Geschäftsstellen-Beirat**

Nachdem Ende 2009 das neue Postmarktgesetz kundgemacht und wesentliche Bestimmungen in Kraft getreten sind, wurde Anfang 2010 der Post-Geschäftsstellen-Beirat, der als beratendes Gremium der Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission) in Fragen der flächendeckenden Versorgung mit Post-Geschäftsstellen vorgesehen ist, unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes konstituiert. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat, in dem neben dem Österreichischen Gemeindebund auch der Österreichische Städtebund und die Länder vertreten sind, sieht es als seine Aufgabe an, eigenständige Erhebungen durchzuführen, Auskunftsverlangen zu stellen, ergänzende Ermittlungsaufträge an die Regulierungsbehörde zu erteilen und eine fundierte Stellungnahme zu allen Schließungs-, Aufsichts- und Beschwerdeverfahren im Zusammenhang mit Post-Geschäftsstellen abzugeben.

Um die Ermittlungsergebnisse der Regulierungsbehörde kritisch hinterfragen und allenfalls ergänzende Erhebungen einzufordern zu können, versucht der Post-Geschäftsstellen-Beirat, den verfahrensrelevanten Sachverhalt in jedem einzelnen Fall aufzuarbeiten. Damit sich der Post-Geschäftsstellen-Beirat ein umfassendes Bild über die Sachlage vor Ort verschaffen kann, ist er auch auf die Mitwirkung der jeweiligen Gemeinden angewiesen. Zu diesem Zweck tritt er an alle von Schließungen betroffenen Gemeinden im Wege eines Fragebogens heran, der insbesondere die entscheidungswesentlichen Fragen beinhaltet. Die Schließungsvoraussetzungen werden nicht zuletzt deswegen seitens der Regulierungsbehörde einer strengen Prüfung unterzogen.

Obwohl die Stellungnahmen des Post-Geschäftsstellen-Beirats gegenüber

der Regulierungsbehörde generell keine Bindungswirkung entfalten, hat der Post-Geschäftsstellen-Beirat dennoch wesentlich dazu beigetragen, dass zahlreiche Schwachstellen des Gesetzes, die vor allem den von Schließungen betroffenen Gemeinden zum Nachteil gereichen, beseitigt werden konnten. Da die Bestimmungen des Postmarktgesetzes selbst langgedienten Juristen Anwendungsprobleme bereiten, hat der Post-Geschäftsstellen-Beirat eine nicht unbedeutende Rolle in der Beratung und Information betroffener Gemeinden eingenommen. Die vielen Unklarheiten und Fragen, die das Postmarktgesetz aufgeworfen hat, waren auch Anlass für den Post-Geschäftsstellen-Beirat, eine Ausgabe der RFG-Schriftenreihe ausschließlich dem Postmarktgesetz und im Besonderen dem Schließungsverfahren eigenbetriebener Post-Geschäftsstellen (Postämter) zu widmen.

Aufgabe des Post-Geschäftsstellen-Beirats ist es freilich nicht, Postamtsschließungen zu verhindern. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat ist aber bedacht darauf, dass die Bestimmungen und Vorgaben des Postmarktgesetzes eingehalten und gemäß der Intention dieses Gesetzes auch angewandt werden. Da das Ziel des Postmarktgesetzes die flächendeckende Versorgung mit Post-Geschäftsstellen, sei es durch Postämter oder Post.Partner, ist, hat sich auch der Post-Geschäftsstellen-Beirat danach zu richten.

Neben zahlreichen Beschwerde- und Aufsichtsverfahren wurde der Post-Geschäftsstellen-Beirat im Jahr 2010 mit insgesamt 535 Schließungsanzeigen der Österreichischen Post AG befasst. Der Post-Geschäftsstellen-Beirat blickt daher auf ein arbeitsintensives Jahr zurück. Die Anzahl der Schließungsanzeigen zeigt deutlich auf, dass die Umstrukturierung des Filialnetzes und die Anpassung an die Öffnung des Postmarktes voll im Gang sind.

Von den 535 Schließungsanzeigen wurden im Jahr 2010 von der Regulierungsbehörde 477 erledigt, 33 Anzeigen sind noch offen und 25 Anzeigen hat die Österreichische Post AG wieder zurückgezogen. Unter den 477 erledigten Schließungsanzeigen wurden 424 Schließungen genehmigt, davon 24 bedingt, und 53 Schließungen untersagt.

Bei all diesen Zahlen ist bemerkenswert, dass die Anzahl der Post-Geschäftsstellen insgesamt stetig zunimmt. Zwar sinkt die Zahl der eigenbetriebenen Postämter fortwährend, die Zahl der fremdbetriebenen Post.Partner nimmt aber überproportional zu. Waren Anfang des Jahres 2010 noch 1.134 Postämter und lediglich 418 Post.Partner aktiv, gab es Ende 2010 nur mehr 733 Postämter aber dafür 1.117 Post.Partner. Insgesamt betreibt die Österreichische Post AG daher 1.850 Post-Geschäftsstellen, das sind

exakt 200 Post-Geschäftsstellen mehr als die vom Postmarktgesetz verbindlich vorgeschriebene Anzahl von 1.650. Auch die Anzahl der Post.Partner, die von Gemeinden betrieben werden, ist deutlich angestiegen. Waren Anfang 2010 in Summe 43 Post.Partner in den Händen von Gemeinden, so waren es Ende des Jahres 2010 bereits 165.

Den Informationen des Post-Geschäftsstellen-Beirats nach soll Ende 2011 die Umstrukturierung des Filialnetzes im Wesentlichen abgeschlossen sein. Da rund 300 weitere Postämter zur Schließung anstehen, steht dem Post-Geschäftsstellen-Beirat auch ein arbeitsintensives Jahr 2011 bevor.

### **Finanz-Informationssystem**

Im Herbst 2010 konnte auf das bestehende Finanzinformationssystem ein neues mittelfristiges Planungswerkzeug im Kommunalnet freigeschaltet werden. Mit den Zahlen der Steuerprognosen des BMF und jenen der Registerzählung auf Kommunalnet wird das den Gemeinden zur Verfügung stehende Prognosemodell auch für mittelfristige Prognosen zur Verfügung stehen. Die Gemeinden können somit nicht nur ihre Jahresbudgets leichter planen, sondern haben jetzt Kennzahlen bis 2014 für die mittelfristige Finanzplanung zur Verfügung.

### **II/g Vertretungen des Österreichischen Gemeindebundes**

Die unten stehenden Vertretungen geben nur einen Überblick über einzelne ausgewählte Vertretungen des Österreichischen Gemeindebundes in Gremien auf nationaler Ebene, die aufgrund öffentlichen bzw. privaten Rechtes bestehen.

#### ***1. Durch Gesetz oder andere hoheitliche Akte übertragene Vertretungen und Aufgaben***

##### Konsultationsgremium des Konsultationsmechanismus - Komitee im Sinne des Stabilitätspaktes

Diesem gehört zufolge der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus vom 10.12.1996 zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, welche im Jahr 1998 unterfertigt und mit BGBl. I Nr. 35/1999 verlautbart wurde, ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

##### Finanzausgleichsverhandlungen

Nach § 5 Abs. 2 FAG 1997 BGBl. 201/96 sind zur Teilnahme an den Finanzausgleichsverhandlungen für die Gemeinden deren Interessenvertretungen berechtigt, das ist neben dem Städtebund auch der Österreichische Gemeindebund.

##### Rat für Fragen der Österreichischen Integrationspolitik

Dieser wurde mit dem Bundesgesetz über die Errichtung eines Rates für Fragen der Österreichischen Integrationspolitik eingesetzt und gehört dem Rat gemäß § 1 Abs. 2 Z 5 ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: Präs. Bgm. LAbg. KR Mag. Alfred Riedl  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

##### Arbeitsgruppe für Integrationsfragen

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung betreffend die Einsetzung und Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe für Integrationsfragen hat diese ihre Aufgaben in ständigem Kontakt mit dem Österreichischen Gemeindebund wahrzunehmen.

##### Datenschutzrat

§ 43 Datenschutzgesetz BGBl. 565/78 bestimmt, dass dem Datenschutzrat ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes angehört.

Mitglied: Mag. Bernhard Haubenberger  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

##### Kunstförderungsbeirat

Dem nach dem Kunstförderungsge-

setz gebildeten Beirat gehört ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: Daniel Kosak  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

##### Kommission zur Kontrolle der Bezüge von öffentlich Bediensteten

Art. 59 b Abs. 1 B-VG sieht die Errichtung einer Kommission zur Kontrolle der Bezüge öffentlicher Bediensteter, die zu Mitgliedern des Nationalrates oder des Bundesrates gewählt wurden vor. Ein Mitglied dieser Kommission ist ein Vertreter der Gemeinden aufgrund des Vorschlages des Österreichischen Gemeindebundes.

Vertreter: Präs. a.D. NR a.D.. Bgm. a.D. Hermann Kröll

##### Österreichischer Rat für Freiwilligenarbeit

Der Österreichische Rat für Freiwilligenarbeit hat gemäß Ministerratsbeschluss vom 17. 06. 2003 einerseits die Funktion einer Interessensvertretung der Freiwilligen und der Freiwilligenorganisationen und andererseits eine Beratungsfunktion gegenüber der österreichischen Bundesregierung.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

Bundesseniorenbeirat

Beim Bundeskanzleramt ist ein Bundesseniorenbeirat als Gesprächsforum für die politischen Entscheidungsträger und den Vertretern der Senioren eingesetzt. Nach § 3 der Verordnung über die Einsetzung eines Bundesseniorenbeirates sind drei Mitglieder auf gemeinsamen Vorschlag des Österreichischen Städtebundes und des österreichischen Gemeindebundes zu bestellen.

Delegierter: vakant  
Stellvertreter: GS Dr. Robert Hink

Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft

Im § 22 Umweltförderungsgesetz wird bestimmt, dass der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft ein Vertreter aufgrund Vorschlages des Österreichischen Gemeindebundes angehört. In der Kommission für Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft ist der Österreichische Gemeindebund wie folgt vertreten:

Hauptmitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

Gemeinsamer Arbeitskreis nach dem UFG

Ein gemeinsamer Arbeitskreis des

Bundes und der Länder für die Förderungsangelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft wurde eingerichtet. Diesem gemeinsamen Arbeitskreis gehört nach § 22 a Umweltförderungsgesetz ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

Altlastensanierungskommission

Gemäß § 34 Umweltförderungsgesetz gehört der Altlastensanierungskommission ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

Beirat zur Missbrauchsaufsicht gem. § 34 AWG 2002

Die zitierte Bestimmung sieht die Einrichtung eines Beirates vor, welcher den Bundesminister bei der Bestellung eines Expertengremiums gemäß § 33 AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 und bei Maßnahmen (Aufsichtsmittel) im Rahmen der Missbrauchsaufsicht über haushaltsnahe Sammel- und Verwertungssysteme beraten soll.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

Verpackungskommission

Aufgrund der Verpackungsverordnung BGBl. 648/1996 vom 1. Dezember 1996 gehört ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

GS Dr. Robert Hink

Bundesabfallwirtschaftsplan § 8 AWG 2002

Zur Verwirklichung der Ziele des Abfallwirtschaftsgesetzes, AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft einen Bundes-Abfallwirtschaftsplan zu veröffentlichen. Die Publikation hat nach Anhörung des Österreichischen Gemeindebundes zu erfolgen.

Umweltrat

Dem Umweltrat gehört nach § 26 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz ein Vertreter des Gemeindebundes an. Der Umweltrat ist als begleitendes Gremium des UVP-Gesetzes Ende des Jahres 1994 eingerichtet worden.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

Elektrizitätsbeirat

Gem. § 49 des ElWOG (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz)

BGBl. I Nr. 143/1998 entsendet der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied in den Elektrizitätsbeirat.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

Erdgasbeirat

Gem. § 26a Abs. 4 des Energie-Regulierungsbehördengesetzes (E-RBG), BGBl. I Nr. 148/2002 entsendet der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied in den Erdgasbeirat.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

Beirat für Investitionszuschüsse gem. Ökostromgesetz

Der Österreichische Gemeindebund entsendet ein Mitglied in den gem. § 13b des ÖSG 2002 (BGBl. I Nr. 149/2002) konstituierten Beirat für Investitionszuschüsse.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Stellvertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

Postgeschäftsstellenbeirat

Gem. § 43 Abs. 2 Postmarktgesetzes (PMG), BGBl. I Nr. 123/2009 entsendet der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied in den Postgeschäftsstellenbeirat.

Mitglied und Vorsitzender: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Bernhard Haubenberger

#### Asylbeirat nach § 13 Abs. 3 Bundesbetreuungsgesetz

Der beim Bundesministerium für Inneres eingerichtete Asylbeirat besteht aus 22 Mitgliedern, die ihre Funktion ehrenamtlich ausüben. Die Mitglieder des Asylbeirates werden vom Bundesminister für Inneres für eine Funktionsdauer von 5 Jahren bestellt und zwar je eines über Vorschlag des Österreichischen Gemeindebundes.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

#### Beirat zur Beratung besonders berücksichtigungswürdiger Fälle

Der Österreichische Gemeindebund entsendet gem. § 74f. NAG (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes) ein Mitglied in den beim Bundesministerium für Inneres eingerichteten Beirat.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

#### Staatsschuldenausschuss

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Prof. Dietmar Pilz

#### Statistische Zentralkommission und deren Fachbeiräte:

Nach dem Bundesstatistikgesetz 2000 gehört der Statistischen Zentralkommission ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an. Die nach derselben Bestimmung für einzelne Fachgebiete einzurichtenden Fachbeiräte sind aus fachlich beteiligten Mitgliedern der Statistischen Zentralkommission und sonstigen Fachleuten zu bilden. Gem. § 3 Abs. 4 und 65 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz 2000 gilt die Verordnung betreffend Statistik - Zentralkommission und Fachbeiräte (BGBl. 31/1966) weiter. § 1 Abs. 2 der Verordnung bestimmt die Mitgliedschaft des Österreichischen Gemeindebundes.

#### Statistische Zentralkommission

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

#### Statistikrat

Aufgrund § 44 des Bundesstatistikgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, steht dem Österreichischen Gemeindebund seit Beginn des Jahres 2000 ein Sitz im Statistikrat zu.

Mitglied: VPräs. Bgm. Günter Fankhauser

#### Fachbeiräte:

*Statistik des Fremdenverkehrs, Organisationsfragen sowie Tourismusstatistik*  
GS Dr. Robert Hink

*Bevölkerungsstatistik, Straßenverkehrssicherheit, Justiz- und Kriminalstatistik, Energiestatistik*  
Mag. Nicolaus Drimmel

*Agrarstatistik*  
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer

*Finanzstatistik, Produktions- und Dienstleistungsstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*  
Dietmar Pilz

*Verkehrstatistik, ausgenommen Fremdenverkehr*  
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak

*Gesundheitsstatistik*  
Mitglied: Präs. Bgm. Ernst Schmid  
Ersatzmitglied: Konrad Gschwandner

*Sozialstatistik*  
Mag. Ewald Buschenreiter

Sozial- und Gesundheitsforum Österreich  
§ 441 d ASVG, BGBl 152/95 bestimmt in Abs. 1:

Zur Beratung der Geschäftsführung, des Verwaltungsrates und des

Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen wird das „Sozial- und Gesundheitsforum Österreich“ eingerichtet, dessen Mitglieder vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen nach Abs. 2 auf vier Jahre bestellt werden. Laut Abs. 2 hat der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied vorzuschlagen.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

#### Bundesgesundheitskommission

Gemäß § 59 g KAKuG, (Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz idF. BGBl 101/2007) entsendet der Österreichische Gemeindebund ein Mitglied in die Bundesgesundheitskommission, die das Organ der Bundesgesundheitsagentur ist.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

#### **2. Vertretung des Österreichischen Gemeindebundes in anderen Gremien**

##### Arbeitsring für Lärmbekämpfung

Dieser ist bei der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit angesiedelt und hat neben rechtlichen Fragen auch den Erfahrungsaustausch zwischen Institutionen zur Aufgabe.

Vertreter: GS Dr. Robert Hink

Expertenkonferenz der beamteten Personalreferenten

Diesem Gremium gehört neben den entsprechenden Referenten des Bundes und der Länder auch ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

Beirat über die Gleichwertigkeit der Pensionssysteme

Der 1993 beim Bundeskanzleramt konstituierte Beirat für die Gleichwertigkeit der Pensionssysteme ist für die Festlegung des Pensionssicherungsbeitrages zuständig und wird mit einem Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes beschickt.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

Österreichische Kommunalkredit AG

Bei der Österreichischen Kommunal Kredit AG ist der Österreichische Gemeindebund im Beirat vertreten und führt in diesem alternierend mit dem Österreichischen Städtebund den Vorsitz.

Mitglieder: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer, VPräs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak, GS Dr. Robert Hink

Verband der Österreichischen Hypothekenbanken

Der Österreichische Gemeindebund gehört der Vollversammlung des Verbandes der Österreichischen Landeshypothekenbanken an.

ao. Mitglied: GS Dr. Robert Hink

Österreichische Raumordnungskonferenz

Der Österreichischen Raumordnungskonferenz gehören auf politischer Ebene der Bundeskanzler, alle Bundesminister, alle Landeshauptleute, sowie die Präsidenten des Städtebundes und des Gemeindebundes an. Auf beamteter Ebene ist das oberste Gremium die Stellvertreterkommission, die sich aus den Sektionsleitern, Landesamtsdirektoren und den Generalsekretären zusammensetzt.

In den Unterausschüssen sowie Arbeitsgruppen ist der Österreichische Gemeindebund ebenfalls vertreten.

Vertreter in der Stellvertreterkommission: GS HR Dr. Robert Hink, Direktor Mag. Ewald Buschenreiter  
Ersatzmitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

Vertreter im Ständigen Unterausschuss: Mag. Bernhard Haubenberger

Vertreter im Unterausschuss Regionalwirtschaft: Mag. Bernhard Haubenberger

Mitglied der Rechnungsprüfungskommission der ÖROK:  
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen

Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband

Dem Hauptausschuss sowie den Fachgruppen gehören, soweit kommunale Interessen betroffen sind, Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes sowie Vertreter von Gemeindeverbänden an.

Präsidiumsmitglied als Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes:  
Obm. Bgm. a.D. Franz Hubinger, 2620 Wartmannstetten

Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der ARGE Wasserversorgungs-, Abwasser- und Abfallwirtschafts- Verbände:  
KommR Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

Beirat für öffentliche Großbauten und Infrastruktur

In dem im April 1994 beim Bundeskanzleramt konstituierten Beirat ist

ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes. Der Beirat hat die Aufgabe, Initiativen zur Beschleunigung von Bau- und Infrastrukturprojekten im Bereich der Gebietskörperschaften zu setzen.

Vertreter: GS Dr. Robert Hink

Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen

Der Österreichische Gemeindebund gehört dem Leitungsausschuss der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen an.

Vertreter: Mag. Nicolaus Drimmel

Österreichisches Institut für Bautechnik

Dieses Institut ist ein von den Bundesländern getragener Verein, der seine Aufgaben in der Erarbeitung von Vorschlägen zur Harmonisierung der technischen Bauvorschriften sowie der Koordinierung des Bauprodukten- und Baurechtes in Österreich sieht. Es unterhält ein Kontaktforum, in dem der Österreichische Gemeindebund wie folgt vertreten ist:

Mitglied: Mag. Nicolaus Drimmel

Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau

Dem Kuratorium gehört neben zahlreichen Vertretern der Ministerien auch ein Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes an.

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

Beirat für Baukultur

Mitglied: Ing. Walter Slama  
Ersatzmitglied: VPräs. Bgm. Fritz Kaspar

Verein zur Verleihung des Zertifikates eines Entsorgungsfachbetriebes (VEFB)

Der VEFB ist privatrechtlich organisiert und verfolgt das Ziel, einen auf freiwilliger Basis bekannten hervorragenden Qualitätsstandard der österreichischen Abfall- und Entsorgungswirtschaft zu erhalten. Der Österreichische Gemeindebund ist im VEFB-Beirat durch Mag. Christian Beck (Ersatzmitglied: Mag. Bernhard Haubenberger) vertreten.

Voranschlags- und Rechnungsabschluss - Komitee (VR)

Komitee entsprechend dem VR-Übereinkommen von Heiligenblut vom 28. Juni 1974:

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

Beirat des Österreichischen Umweltzeichens

Dieser Beirat ist beim Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft angesiedelt. Der Österreichische Gemeindebund entsendet ein Mitglied und einen Stellvertreter.

Mitglied: Mag. Nicolaus Drimmel  
Stellvertreter: Mag. Bernhard Haubenberger

Präsidium Klimabündnis Österreich

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Daniel Kosak

Beirat Klima:aktiv mobil

Mitglied: GS Dr. Robert Hink  
Ersatzmitglied: Mag. Bernhard Haubenberger

Kuratorium zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

Österr. Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

e-Government Plattform

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

Kompetenzzentrum Internetgesellschaft (KIG)

Das KIG ist die erweiterte Nachfolgeorganisation der „Internetoffensive“. Gemäß dem Ministerratsbeschluss vom 9. Februar 2010 ist auch der Österreichische Gemeindebund in der Generalversammlung als Mitglied vertreten.

Mitglied: IR Christian Schleritzko, MSc  
Ersatzmitglied: Konrad Gschwandtner

Kuratorium beim Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)

Mitglied: Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
Ersatzmitglied: GS Dr. Robert Hink

Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ)

Mitglied: GS Dr. Robert Hink

### III. Die Organisation des Österreichischen Gemeindebundes

#### III/a Gremien und Organe des Österreichischen Gemeindebundes aufgrund des neuen Vereinsstatuts

Die satzungsgemäßen Organe des Österreichischen Gemeindebundes sind mit Stichtag **31.12.2010** wie folgt zusammengesetzt:

##### **Präsidium**

Das Präsidium besteht laut § 14 des Statuts aus dem Präsidenten, dem 1. und dem 2. Vizepräsidenten und den weiteren Landesobmännern. Der Generalsekretär und die ständigen Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes in den internationalen Gremien (Ausschuss der Regionen, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas), soweit sie nicht Landesobmänner sind, gehören dem Präsidium mit beratender Stimme an.

##### Präsident:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer (S)

##### 1. Vizepräsident:

Präs. LAbg. Bgm. KommR. Mag. Alfred Riedl (NÖ-VP)

##### 2. Vizepräsident:

Präs. Bgm. Ernst Schmid (B-SP)

##### Weitere Mitglieder im Präsidium:

Mitglieder des Präsidiums neben Präsident und Vizepräsidenten als Obmänner der Landesverbände:

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)  
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak (NÖ-SP)  
Präs. 2. LT-Präs. a.D. Bgm. Hans Ferlitsch (K)  
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (OÖ)  
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)  
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)  
Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme:

Generalsekretär Dr. Robert Hink  
VPräs. Bgm. a.D. Erwin Mohr (AdR)  
Bgm. Johannes Peinsteiner (KGRE)  
Abg. z. NR GGR Hannes Weninger (AdR)  
Bgm. Arnold Marbek (kooptiert)

##### **Bundsvorstand**

Der neue Bundsvorstand besteht laut § 12 des Statuts aus 65 Mitgliedern, davon entfallen auf die Landesverbände 64 Sitze und ein Sitz auf den Generalsekretär. Folgende Mitglieder des Bundsvorstandes wurden dem Österreichischen Gemeindebund aufgrund des neuen Statuts bis 31.12.2010 nominiert:

##### Mitglieder Burgenland:

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits  
VPräs. Bgm. Johann Schumich  
Präs. Bgm. Ernst Schmid  
VPräs. Bgm. Matthias Gelbmann

##### Mitglieder Kärnten:

Präs. 2. LT-Präs. a.D. Bgm. Hans Ferlitsch

VPräs. Bgm. Vinzenz Rauscher  
 VPräs. Bgm. Valentin Happe  
 VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder  
 Bgm. Arnold Marbek

#### Mitglieder Niederösterreich:

Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl  
 1. VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser  
 LAbg. Bgm. Mag. Karl Wilfing  
 Bgm. Otto Huslich  
 Bgm. Manfred Marhart  
 2. LT-Präs. Bgm. Herbert Nowohradsky  
 LAbg. Bgm. Ingeborg Rinke  
 Bgm. Karl Stangl  
 LAbg. Bgm. Ing. Franz Rennhofer  
 Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak  
 VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer  
 VPräs. LAbg. VBgm. Mag. Karin Renner  
 GR Mag. Ewald Buschenreiter  
 Marianne Fügl  
 Bgm. Ing. Maurice Androschr

#### Mitglieder Oberösterreich:

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer  
 VPräs. Bgm. Fritz Kaspar  
 VPräs. Bgm. Peter Oberlehner  
 Bgm. Mag. Walter Brunner  
 Bgm. Johann Holzmann  
 Bgm. Dir. Johann Meyr  
 Bgm. Ing. Josef Moser  
 LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner  
 Bgm. Abg. z. NR Rosemarie Schönpass  
 Bgm. Mag. Anton Silber  
 Bgm. Karl Staudinger  
 Bgm. Johann Weirathmüller

#### Mitglieder Salzburg:

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer  
 VPräs. Bgm. Peter Mitterer  
 Bgm. Rudolf Lanner  
 BR a.D. Bgm. Ludwig Bieringer  
 Bgm. Wolfgang Eder

#### Mitglieder Steiermark:

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
 VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger  
 VPräs. Bgm. Christoph Stark  
 Bgm. Robert Hammer  
 Bgm. Engelbert Huber  
 Bgm. Heinz Jungwirth  
 LAbg. Bgm. Karl Lackner  
 Bgm. Dir. Karl Pack  
 Bgm. Erwin Puschenjak  
 Bgm. Manfred Seebacher  
 Bgm. Johann Urschler  
 Bgm. Gerhard Weber

#### Mitglieder Tirol:

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf  
 VPräs. Bgm. Günter Fankhauser  
 VPräs. Bgm. Rudolf Nagl  
 VPräs. Bgm. Edgar Kopp  
 Bgm. Aurel Schmidhofer  
 Bgm. Johann Schweigkofler  
 Bgm. Ing. Rudolf Puecher

#### Mitglieder Vorarlberg:

Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold  
 VPräs. Bgm. a.D. Erwin Mohr  
 VPräs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger  
 Bgm. Werner Walser

### ***Die Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes:***

Laut § 21 des neuen Statuts können vom Präsidium für die Beratung einzelner Fachgebiete Fachausschüsse gebildet werden.

Dementsprechend wurden die folgenden Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes samt ihren Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden eingesetzt. Die Nominierung der weiteren Mitglieder erfolgte statutenkonform durch die Landesverbände:

#### Rechtsausschuss

Sbg. Vorsitzender:	Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer
Bgld. Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Mag. Klaus Mezglits
Bgld.	VPräs. Bgm. Günter Toth
Ktn.	Mag. Stefan Primosch
NÖ	Mag. Christian Schneider
	LABg. VBgm. Karin Renner
OÖ	HR Dr. Hans Gargitter
Stmk.	Bgm. Manfred Seebacher
Tirol	Dr. Helmut Ludwig
Vbg.	Bgm. Mag. Harald Sonderegger

#### Finanzausschuss

Tirol Vorsitzender:	Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
OÖ Stellv. Vorsitz.:	Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
Bgld.	Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
	Bgm. Matthias Gelbmann
Ktn.	VPräs. Bgm. Valentin Happe
NÖ	Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
	Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Stmk.	Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
Sbg.	VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Vbg.	Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold

Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur

Vbg. Vorsitzender:	Bgm. Ludwig Muxel
Tirol Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
Bgld.	Bgm. Walter Temmel LAbg. Bgm. Christian Illedits
Ktn.	Bgm. Vinzenz Rauscher
NÖ	LAbg. Bgm. Mag. Ingeborg Rinke Bgm. Maurice Androsch
OÖ	LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner
Sbg.	VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Stmk.	Bgm. Jürgen Winter
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser

Ausschuss für Raumordnung und Struktur

Bgld. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
OÖ Stellv. Vorsitz.:	VPräs. Bgm. Fritz Kaspar
Bgld.	Bgm. Friederike Reismüller
Ktn.	VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder
NÖ	VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Sbg.	Bgm. Wolfgang Eder
Stmk.	VPräs. Bgm. Christoph Stark
Tirol	Bgm. Edgar Kopp
Vbg.	VPräs. Bgm. a.D Erwin Mohr

Europausschuss

NÖ Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
OÖ Stellv. Vorsitz.:	LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner
Bgld.	Präs. Bgm. LAbg. Leo Radakovits Präs. Bgm. Ernst Schmid
Ktn.	Präs. 2.LT-Präs.a.D. Bgm. Hans Ferlitsch
NÖ	VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
Sbg.	Bgm. Dr. Emmerich Riesner
Stmk.	Bgm. Max Haberl
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
Vbg.	Bgm. Werner Strohmaier

Umweltausschuss

Stmk. Vorsitzender:	Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
NÖ Stellv. Vorsitz.:	Bgm. Hermann Kühtreiber
Bgld.	LAbg. Bgm. Wilhelm Heißenberger NR Bgm. Ing. Erwin Kaipel
Ktn.	VPräs. Abg. z. NR Bgm. Maximilian Linder
NÖ	LAbg. Ing. Franz Rennhofer
OÖ	Bgm. Ing. Josef Moser
Sbg.	Bgm. Dr. Peter Brandauer
Tirol	VPräs. Bgm. Rudolf Nagl Bgm. Franz Troppmaier
Vbg.	Bgm. Ing. Rainer Siegele

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Bgld. Vorsitzender:	Präs. Bgm. Ernst Schmid
Vbg. Stellv. Vorsitz.:	Präs. Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
Bgld.	VPräs. Bgm. Johann Schumich
Ktn.	VPräs. Bgm. Hilmar Loitsch
NÖ	Bgm. Othmar Matzinger VPräs. Bgm. Alfred Buchberger
OÖ	Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
Sbg.	Bgm. Dr. Christian Stöckl
Stmk.	VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger
Tirol	VPräs. Bgm. Günter Fankhauser

**Rechnungsprüfer**

Der Bundesvorstand wählte folgende drei Personen als Rechnungsprüfer.  
Bgm. a.D. Reinhold Fiedler  
Bgm. a.D. Dir. Hans Rauscher  
Bgm. Johann Oberlerchner

**Schiedsgericht**

Für das Schiedsgericht wurde vom Bundesvorstand der Vorsitzende und dessen Stellvertreter gewählt.

Vorsitz: Univ.Prof. wHR Dr. Gerhart Wielinger, Graz  
StV.: Mag. Erich Trenker, St. Pölten

### III/b Chronik der Organsitzungen 2010

Im Jahr 2010 fanden unter Anführung der wichtigsten Beratungspunkte folgende Sitzungen statt:

#### 1. Bundesvorstand

##### 4. März 2010 in Wien:

Anhörung des Rechnungsprüfberichts für das Finanzjahr 2009 und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, Festsetzung der Mitgliedsbeiträge 2010, Genehmigung des Voranschlags 2010, Schwerpunkte des Jahresarbeitsprogrammes 2010 des Österreichischen Gemeindebundes, 57. Österreichischer Gemeindetag 2010 in Graz, Personalia;

##### 8. September 2010 in Graz:

Kommunale Finanzen, Stabilitätspakt und Budgetkonsolidierung, Studie: Probleme Gemeindehaushalte (Prof. Gerhard Lehner), Studie: Pflegefinanzierung (Prof. Wolfgang Mazal), Getränkesteuerersatz, Gemeinden in der Bundesverfassung, Ablauf des 57. Österreichischen Gemeindetages 2010 in Graz und Resolution;

#### 2. Präsidiumssitzung

##### 17. Februar 2010 in Wien:

Aktuelle wirtschaftliche Lage der Kommunalkredit Austria, Aktuelle kommunalpolitische Themen, Postmarktgesetz, Postgeschäftsstellenbeirat, Radarüber-

wachung auf Gemeindestraßen – akkordierte Vorgangsweise, Beschluss des Arbeitsprogrammes, Vorberatung des Rechnungsabschlusses, Vorberatung des Jahresvoranschlags, Österreichischer Gemeindetag 2010 in Graz;

##### 6. Mai 2010 in Madrid:

Gespräche mit dem Spanischen Kommunalverband der Region Madrid, Berichte aus den Landesverbänden;

##### 30. Juni 2010 in Klosterneuburg:

Aktuelle politische Themen, Kommunale Sommergespräche in Bad Aussee, Österreichischer Gemeindetag 2010 in Graz, Studie „Pflegeproblematik“ durch Prof. Mazal, Studien zum Thema FAG durch Prof. Lehner, Finanzielle Beziehung zwischen Bundesländern und Gemeinden, Finanzielle Position der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen, Getränkesteuerersatz - Anpassung an die Vorgaben des VfGH, Personalia;

##### 21. und 22. Juli 2010 in Bregenz:

Studie „Pflegeproblematik“ durch Prof. Mazal, Studien zum Thema FAG durch Prof. Lehner, Finanzielle Beziehung zwischen Bundesländern und Gemeinden, Finanzielle Position der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen;

##### 2. September 2010 in Wien:

Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle, Rechnungshof, Kontrolle der Gemeinden,

Wirtschaftliche Situation der Gemeinden, Transfers, Länder – Gemeinden, Stabilitätspakt und Budgetkonsolidierung, Ergebnisse des beamteten FAG-Teams (Getränkesteuerersatz, Grundsteuermodell), Radarüberwachung, Soziale Absicherung der Bürgermeister, Pflegestudie, Zwischenbericht, Referent: Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal, Vorbereitungen für den Gemeindetag in Graz, Ablauf, Vorberatung der Bundesvorstandssitzung am 8. September 2010, Resolution;

##### 14. Oktober 2010 in Brüssel:

Gespräch zu Europathemen mit EU-Botschafter Schweisgut, insb. Stabilitätspakt, Berichte aus den Landesverbänden;

##### 2. Dezember 2010 in Wien:

Vorberatung des Voranschlags 2011 und des Arbeitsprogrammes 2011, Österreichischer Gemeindetag 2011 in Kitzbühel, Service GmbH, Bericht des Geschäftsführers über den Verlauf des bisherigen Geschäftsjahres der Service GmbH

#### 3. Direktoren und Landesgeschäftsführer

##### 14. Jänner 2010 in Wien:

Vorberatung der bevorstehenden Bundesvorstandssitzung am 4. März 2010, Arbeitsprogramm 2010, Inhaltliche Beiträge zum Symposium Ortskernbelebung, Schwarzenberg 17./18. Mai 2010, Voran-

schlag, Finanzielle Angelegenheiten der Gemeinden, Österreichischer Gemeindetag 2010 in Graz, Einrichtung und Besetzung des Post-Geschäftsstellen-Beirates;

##### 3. Februar in Wien:

Post-Geschäftsstellen-Beirat, Berichte aus den Landesverbänden;

##### 26. April 2010 in Wien: (mit Gemeindeaufsichtsbehörden)

Klausur, Maastricht-Stabilitätspfad und Stabilitätspakt, Aktuelle Wirtschaftsentwicklung, Entwicklung der Ertragsanteile, Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gemeinden, Getränkesteuer, Vergütungsansprüche bei Filmvorführungen in Schulen, Ganztägige Schulangebote;

##### 25. August 2010 in Wien: (plus FAG-Team)

Vorbereitung der Präsidiumssitzung am 2.9.2010, Abhandlung der Punkte des beamteten FAG-Teams, Getränkesteuerausgleich, Grundsteuermodell, Rechnungshof, Valorisierung der Gebühren, Allgemeine finanzielle Situation der Gemeinden, Stabilitätspakt, Budgetkonsolidierung, Themen im Zusammenhang mit der LH-Konferenz, Lissabon-Begleitnovelle, SchwellenwerteVO, Geschwindigkeitsüberwachung durch Gemeinden, Rechnungshof, Lehnerstudie zur Finanzierungssituation der ländlichen Gemeinden und zu den Transfers, Mazal-Studie zur Pflege, Soziale Absicherung der Gemein-

demandatare, Österreichischer Gemeindegeld in Graz, Resolution;

#### 4. Oktober 2010 in Wien: (mit Gemeindeaufsichtsbehörden)

Aktuelle Wirtschaftsentwicklung und Steuerprognose, Entwicklung der Ertragsanteile, Maastricht und Österreichischer Stabilitätspakt, Getränkesteuerersatz, Grundsteuer;

#### 7. Oktober 2010 in Wien:

Klausur, Bericht des Generalsekretärs, Beratung über das Arbeitsprogramm 2011, Allgemeine Themen und Zusammenarbeit des Generalsekretariates mit den Landesverbänden

#### **4. Rechnungsprüfer**

##### Prüfung des Rechnungsabschlusses:

29. Jänner 2010 in Wien

#### **5. Sitzungen der Ausschüsse**

##### **Rechtsausschuss:**

##### 30. August 2010 in Hallwang:

Rechnungshofkontrolle der Gemeinden, Stand der Novelle des B-VG und des RechnungshofG, Der Fall „Ehrental“ (OGH Entscheidung zu Verdachtsflächen und Flächenwidmung), Geschwindigkeitskontrollen, aktueller Stand der StVO Novelle sowie des Verfahrens bei der Datenschutzkommission, Wettbe-

werbsverzerrung durch Verpachtung von Leichenhallen, Innovative Modelle der Feuerbeschau am Beispiel der aktuellen Entwicklung in NÖ, 50 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle – Vorbereitung eines Themenschwerpunktes für 2012;

##### **Europausschuss:**

##### 29. April 2010 in Wien:

Überblick über das EU-Geschehen und Berichte aus internationalen Gremien, Aktuelle Berichte, Kooperation mit anderen Institutionen, Planung der künftigen Termine und Fach- und Bildungsreisen;

##### 20. September 2010 in Salzburg:

Überblick über das EU-Geschehen und Berichte aus internationalen Gremien  
Aktuelle Berichte: Vertrag von Lissabon, nationale Umsetzung, Diskussion Öffentliches Auftragswesen/Daseinsvorsorge, EU-Strategie 2020, Einheimischenmodelle – Klage gegen Deutschland, Donaunraumstrategie, Planung der künftigen Termine und Bürgermeisterreisen;

##### **Finanzausschuss:**

##### 15. April 2010 in Wien:

Getränkesteuer, Grundsteuer – Novelle des Bewertungsgesetzes, Bericht zum aktuellen Kommunalsteuer-Erlass des BMF, Glücksspielgesetz- und FAG-Novelle;

##### **Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur:**

##### 25. Februar 2010 in Wien:

Bericht über den Abschluss des Projektes „Modellregion Neusiedlersee“ - Schlussfolgerungen für die tourismuspolitische Arbeit des Ausschusses (Referent: Prof. Peter Zellmann), Arbeitsgruppe Tourismuspolitik – Thesenpapier, Projektüberlegungen zur Fortführung der Initiative – 2. Modellregion, Bericht Getränkesteuer;

##### **Umweltausschuss:**

##### 18. Oktober 2010 in Wien:

Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie – AWG Novelle, Neugestaltung des ALSAG, Einweg – Mehrweg, Andienungspflicht in der Abfallentsorgung, VerpackungsVO – Status der Verhandlungen

#### **III/c Österreichischer Gemeindebund Service GmbH**

Die im Jahr 2004 gegründete, 100%ige Tochtergesellschaft des Österreichischen Gemeindebundes, hat in diesem Jahr wieder einiges an projektbezogener Arbeit geleistet. Nach wie vor wickelt die Service GmbH sämtliche Geschäfte im Zusammenhang mit der Gemeindebund – MANZ Verlag Kooperation ab.

Die Service GmbH verzeichnete im Berichtsjahr ertragsseitig Provisionen und Kostenersätze für Dienstleistungen (Vermittlungen, Umfrage bei Gemeinden), Autorenhonorare von MANZ und Kostenersätze für die Abgabe der RFG-Schriftenreihe. Dazu kamen noch Einnahmen aus der Kooperation mit Kommunalnet und für die Durchführung des Audit „familienfreundliche Gemeinde“.

Im Bereich des Anlagevermögens gab es im Jahr 2010 keine Zugänge, dieses unterlag der jährlichen planmäßigen Abschreibung. Die Jahresbilanz wies einen Bilanzgewinn von ca. 100.000 Euro aus. Im Personalbereich gab es keine Veränderungen, daher war GS Dr. Robert Hink weiterhin Geschäftsführer der Service GmbH.

Ein Geschäftsbericht zum Jahr 2010 samt Jahresabschluss wurde dem Beirat der Service GmbH, der aus den Obmännern der Landesverbände besteht, im Zuge einer Sitzung am 2. Februar 2011 vorgelegt und genehmigt.

Über den weiteren Geschäftsverlauf berichtet Generalsekretär Hink als Geschäftsführer laufend im Rahmen der Präsidiumssitzungen des Gemeindebundes.

#### **III/d Netzwerk Bildung**

Die Plattform „Netzwerk Bildung“ wurde vom Gemeindebund zum Gedan-

ken austausch über Bildungslaufbahnen im kommunalen Bereich gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, durch informelle Kooperation schrittweise einen kommunalen Standard für die Ausbildung der Mitarbeiter und Funktionäre zu erzielen. Dies geht einher mit der Forderung der Verwaltungsreform, die diversen Ausbildungscurricula im öffentlichen Dienst zu harmonisieren. Im Netzwerk Bildung sind daher nicht nur Repräsentanten der Landesverbände des Gemeindebundes, sondern auch der Gemeindeaufsicht und der Bildungseinrichtungen der Länder und Gemeinden vertreten.

Im Vorfeld der Kommunalen Sommergespräche fand heuer zum dritten Mal die „Kommunale Bildungskonferenz“ unter dem Vorsitz des Österreichischen Gemeindebundes statt.

Schwerpunkte dieser Sitzung waren Themen wie „Stärkung der Europakompetenz“ sowie „Strategische Finanzplanung und Controlling als Steuerinstrument“. Neben dem renommierten Experten für Finanz- und Haushaltswesen Prof. Friedrich Klug nahmen auch Vertreter der Europäischen Kommission, des Außenministeriums und der Leiter der Verwaltungsakademie des Bundes, Mag. Klaus Hartmann, teil.

Auf Einladung von Mag. Hartmann konnte schließlich ein zweites Netzwerktreffen am 1. Oktober 2010 im Ministerratssitzungssaal des Bundeskanzleramtes

veranstaltet werden. Die dabei erörterten Themen waren „Perspektiven für das Führungsmanagement im öffentlichen Bereich“ und „Europa fängt in der Gemeinde an“. Berücksichtigt man die vom Gemeindebund initiierten Bürgermeister-Gesundheitsseminare und das wissenschaftliche Symposium der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft im November 2010, kann daher resümierend festgehalten werden, dass die Schwerpunktthemen des Jahres 2010 auf dem Gebiet der Haftung von Gemeindefunktionären, des Führungsverhaltens und Soft-Skills, der Strategischen Finanzplanung und der Europakompetenz der Gemeindefunktionäre lagen.

### **III/e Generalsekretariat in Wien und Brüssel**

Die Arbeit des Generalsekretariates war im Berichtsjahr 2010 stark von der sich weiter öffnenden Schere zwischen den aufgrund der Wirtschaftskrise stagnierenden Einnahmen und den ständig steigenden Finanzbelastungen der Gemeinden, vor allem im Sozialbereich, geprägt. Die noch offene Planstelle bei den Sachbearbeitern wurde Anfang des Jahres mit Herrn Bakk. Konrad Gschwandtner, MAS nachbesetzt. Insoweit wurde das Team des Generalsekretariates auch im Berichtsjahr verjüngt.

Die personelle Besetzung des Büros in Wien präsentierte sich mit 31.12.10 wie folgt:

Dr. Robert Hink (Generalsekretär)  
Mag. Nicolaus Drimmel (Jurist, GS-Stellvertreter)  
Petra Stossier (Büroleitung)  
Daniel Kosak (Pressesprecher)  
Mag. Bernhard Haubenberger (Jurist, Sachbearbeitung)  
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen (Audit familienfreundliche Gemeinde)  
Bakk. Konrad Gschwandtner, BA (Sachbearbeitung, seit 4.1.2010)  
Carina Rumpold (Redakteurin)  
Beate Bauer (Finanz- u. Personaladministration)  
Sabrina Neubauer (Sekretariat)  
Blerda Arifi (Sekretariat)  
Sonja Wrona (Sekretariat)

### **Gemeindebund-Außenstelle in Brüssel**

Im Brüsseler Büro des Österreichischen Gemeindebundes gab es insofern eine personelle Veränderung, als Frau Mag. Daniela Fraiß im März 2010 aus ihrer Karenzierung zurückgekehrt ist und als Leiterin des Büros Brüssel wieder ihren Dienst aktiv aufnahm und Mag. Erwin Wetzel als interimistischen Büroleiter ablöste.

Keine Veränderungen gab es hingegen im Sekretariat der Außenstelle, das weiterhin mit der gemeinsam mit dem Städtebund angestellten Sekretärin Frau Sybille Schwarz besetzt ist.

## IV. Informations- und Serviceteil

### IV/a Ehrentafel (Beschluss-Stand Dezember 2010)

#### ***Ehrenpräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes***

Besonders verdienten Mitgliedern des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass ihres Ausscheidens der Titel „Ehrenpräsident“ zuerkannt werden (§ 6/3 Statut).

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien
- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers

#### ***Ehrenmitglieder des Präsidiums***

Dem Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes kann aus Anlass seines Ausscheidens aus dieser Funktion der Titel „Ehrenmitglied des Präsidiums“ zuerkannt werden (§ 6/2 Statut).

#### ***Träger des Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund besondere Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenringes des Österreichischen Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden (§ 7/2a Statut).

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. OSR Ferdinand REITER, Wien
- Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen

- Präs. LPräs.a.D. Bgm.a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers
- Präs. Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL, Schladming

#### ***Ehrenmitglieder des Österreichischen Gemeindebundes***

Personen, die sich um den Gemeindebund oder die Kommunalpolitik außergewöhnliche Verdienste erworben haben, können zu „Ehrenmitgliedern des Österreichischen Gemeindebundes“ ernannt werden (§ 6/1 Statut).

- LPräs.a.D. Bgm.a.D. ÖR Rudolf TILLIAN, Hermagor
- HR Dr. Friedrich LECHNER, Linz
- Präs. Bgm.a.D. Hubert WAIBEL, Wolfurt
- Präs. Bgm.a.D. Rudolf OSTERMANN, Kematen
- LH a.D. Dr. Josef KRAINER, Graz
- Präs. LPräs. a.D. Bgm. a.D. Alfred HAUFEK, Heidenreichstein
- Univ.-Prof. Dr. Hans NEUHOFER, Wels
- Präs. LPräs.a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz ROMEDER, Schweigggers
- wHR i.R. Prof. Dr. Roman HÄÜSSL, Aspangberg
- LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf
- Präs. LPräs. a.D. Bgm. a.D. Anton KOCZUR, Groß Siegharts
- Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang
- Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart

- Präs. LAbg. a.D. Bgm. a.D. Franz RUPP, Höflein
  - Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt
  - Dr. Franz HOCKER, Salzburg
  - VPräs. Bgm. a.D. Franz NINAUS, St. Stefan ob Stainz
  - VPräs. Bgm. a.D. Hans STEINER, Stuhlfelden
  - Präs. Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Hermann KRÖLL, Schladming
  - Dr. Klaus WENGER, Graz
  - Abg. z.NR Bgm. a.D. HR Matthias ACHS, Gols
  - Präs. Bgm. a.D. Bernd VÖGERLE, Gerasdorf
  - Präs. Dipl.Vw. Bgm. Hubert RAUCH, Steinach am Brenner
  - Präs. Bgm. a.D. Franz STEININGER (+)
- Träger des Ehrenzeichens des Österreichischen Gemeindebundes**
- Personen, die sich um den Gemeindebund oder um die Kommunalpolitik besonderer Verdienste erworben haben, können durch die Überreichung des „Ehrenzeichens des Gemeindebundes“ ausgezeichnet werden (§ 6/2b Statut).
- RgR Hans WURNITSCH, Schönberg
  - RgR Franz WAGNER, Baden
  - LH a.D. Dr. Josef KRAINER, Graz
  - LPräsident Mag. Edmund FREIBAUER, Mistelbach
  - Präs. Bgm. a.D. Alfred HAUF EK, Heidenreichstein
  - Präs. BR Bgm. a.D. Ing. Georg KERSCH-
  - BAUMER, Villach
  - LADir. Präs. a.D. Bgm. a.D. wHR. Dr. Hermann ARNOLD, Mutters
  - Dir. Dr. Kurt SOMMER, Bregenz
  - VPräs. Bgm. a.D. Othmar KNAFL, Maria Saal
  - Abg.z.NR. a.D. Bgm. a.D. Alfred AICHINGER, Ried i.d. Riedmark
  - wHR i.R. Prof. Dr. Roman HÄUSSL, Aspangberg
  - LPräsident Bgm. a.D. Walter PRIOR, Siegendorf
  - Präs. LPräs. a. D. Bgm. Anton KOCZUR, Groß Siegharts
  - Präs. Bgm. a.D. Günther PUMBERGER, Eberschwang
  - Präs. Bgm. a. D. Michael RÁCZ, Oberwart
  - Präs. LAbg. a.D. Bgm. Franz RUPP, Höflein
  - Bgm. a.D. Helmut LACKNER, Klagenfurt
  - Dr. Franz HOCKER, Salzburg
  - VPräs. Bgm. a.D. Franz NINAUS, St. Stefan ob Stainz
  - VPräs. Bgm. a.D. Hans STEINER, Stuhlfelden
  - VPräs. LAbg. Bgm. a.D. Bernd STÖHRMANN, Mitterdorf/Mürztal
  - Dir. a.D. Dr. Klaus WENGER, Graz
  - Abg. z.NR Bgm. a.D. HR Matthias ACHS, Gols
  - Präs. Bgm. a.D. Bernd VÖGERLE, Gerasdorf
  - Präs. Dipl.Vw. Bgm. Hubert RAUCH, Steinach am Brenner
  - Präs. Bgm. a.D. Franz STEININGER (+)

#### IV/b Trauer

Der Gemeindebund trauert um Herrn LT-Präs. a.D. Bgm. a.D. Hans Schmidinger, der am 25. März 2010 verstorben ist. Präs. Schmidinger war von 1963-1992 Bürgermeister der Marktgemeinde Thalgau, Ehrenpräsident des Salzburger Gemeindeverbandes sowie langjähriges Mitglied des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes und wurde auf Grund seiner besonderen Verdienste auch zu unserem Ehrenmitglied gewählt.

Kurz vor Redaktionsschluss dieses Berichtes, am 29. Jänner 2011, starb der erst im Jahr 2010 vom Österreichischen Gemeindebund mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnete Ehrenpräsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, Bgm. a. D. Franz Steininger aus Garsten. Er war als Landesobmann von 2002 bis 2010 ebenfalls Mitglied des Präsidiums und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Der Gemeindebund wird ihnen ein ehrendes Angedenken erhalten.

## IV/c Die Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes



### Burgenländischer Gemeindebund

Präs. LAbg. Bgm. Leo **RADAKOVITS**  
 LGf. LAbg. Mag. Thomas **STEINER**  
 Ing. Julius Raab Straße 7/1, 7001 Eisenstadt  
 Tel.: 02682/799 34 oder 799 35, Fax: 02682/799-627  
 e-mail: post@gemeindegund.bglld.gv.at



### Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland

Präs. Bgm. Ernst **SCHMID**  
 LGf. Mag. Herbert **MARHOLD**  
 Permaystraße 2, 7001 Eisenstadt  
 Tel.: 02682/775 255 oder 775 256, Fax: 02682/68105  
 e-mail: gvvgld@spoe.at



### Kärntner Gemeindebund

Präs. 2.LT-Präs. Bgm. Hans **FERLITSCH**  
 LGf. Mag. Stefan **PRIMOSCH**  
 Gabelsbergerstraße 5/1, 9020 Klagenfurt  
 Tel.: 0463/55 111, Fax: 0463/55 111-22  
 e-mail: gemeindegund@ktn.gde.at



### Verband NÖ. Gemeindevertreter der ÖVP

Präs. LAbg. Bgm. Mag. Alfred **RIEDL**  
 LGf. Mag. Christian **SCHNEIDER**  
 Ferstlergasse 4, 3109 St. Pölten  
 Tel.: 02742/9020-800, Fax: 02742/9020-880  
 e-mail: office@vp-gvv.at



### Verband der sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ

Präs. LAbg. Bgm. Rupert **DWORAK**  
 LGf. GR Mag. Ewald **BUSCHENREITER**  
 Bahnhofplatz 10, Postfach 73, 3100 St. Pölten  
 Tel.: 02742/313 054, Fax: 02742/313 054-20  
 e-mail: office@gvvnoe.at



### Oberösterreichischer Gemeindebund

Präs. LAbg. Bgm. Johann **HINGSAMER**  
 LGf. HR Dr. Hans **GARGITTER**  
 Coulinstraße 1, 4020 Linz  
 Tel.: 0732/656 516 oder 656 517, Fax: 0732/651 151  
 e-mail: post@ooegemeindegund.at



### Salzburger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Helmut **MÖDLHAMMER**  
 LGf. Dir. Mag. Dr. Martin **HUBER**  
 Alpenstraße 47, 5020 Salzburg  
 Tel.: 0662/622 325-0  
 Fax: 0662/622 325-16  
 e-mail: gemeindegund@salzburg.at



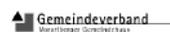
### Steiermärkischer Gemeindeverband

Präs. LAbg. Bgm. Erwin **DIRNBERGER**  
 LGf. Mag. Dr. Martin **OZIMIC**  
 Burgring 18, 8010 Graz  
 Tel.: 0316/822 079  
 Fax: 0316/810 596  
 e-mail: post@gemeindegund.steiermark.at



### Tiroler Gemeindeverband

Präs. Bgm. Mag. Ernst **SCHÖPF**  
 LGf. Dr. Helmut **LUDWIG**  
 Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck  
 Tel.: 0512/587 130  
 Fax: 0512/587 130-14  
 e-mail: tiroler@gemeindegund.tirol.gv.at



### Vorarlberger Gemeindeverband

Präs. Bgm. Mag. Wilfried **BERCHTOLD**  
 LGf. Dr. Otmar **MÜLLER** und LGf. Peter **JÄGER**  
 Marktstraße 51, 6850 Dornbirn  
 Tel.: 05572/554 51  
 Fax: 05572/554 51-93  
 e-mail: vb.gemeindegund@gemeindegund.at

#### IV/d Der Österreichische Gemeindebund

---



PRÄSIDENT Bgm. Helmut **MÖDLHAMMER**

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär Dr. Robert **HINK**

Löwelstrasse 6, 1010 Wien

Tel.: 01/5121480, Fax: 01/5121480-72

e-mail: [oesterreichischer@gemeindebund.gv.at](mailto:oesterreichischer@gemeindebund.gv.at)

GENERALSEKRETARIAT-AUSSENSTELLE BRÜSSEL

Mag. Daniela **FRAISS**

Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel

Tel.: 00322/28 20 680, Fax: 00322 - 28 20 688

e-mail: [oegemeindebund@skynet.be](mailto:oegemeindebund@skynet.be)



Die Interessensvertretung  
für Österreichs Gemeinden

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)